Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 440 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,50, vierteljährlich Mk. 4,50 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,65, vierteljährlich Mk. 4,95 außer Postgeld

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Sonntag-Ausgabe

Sonntag, 7. September

Anzeigenpreis: Die 7gesp. 38 mm breite mm-Grundzeile 20 ₰. Die 5gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 60 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Die Rückkehr der Kriegsgefangenen aus französischer Gefangenschaft erfolgt erst nach Ratifikation des Friedensvertrages.

* Der Reichsminister des Auswärtigen, Müller, ließ dem Führer der lettischen Delegation eine Note überreichen, in der die deutsche Regierung ihr Bedauern über die Vorkommnisse in Mitau aussprach und gleichzeitig diese Ereignisse durch die Erbitterung der enttäuschten deutschen Soldaten erklärt.

* Birkenfeld hat sich als Republik aufgetan und bittet die Reichsregierung um Anerkennung. Das Verlangen wurde abgeschlagen.

* Ebenso wie in Berlin ist auch in Dresden zwischen den Bankleitungen und den Angestellten eine Einigung erzielt, die einen Frieden im Bankgewerbe bis 31. Dezember d. J. zu gewährleisten scheint.

* Die Räumung Kurlands durch die deutschen Truppen ist wieder aufgenommen worden.

Oesterreich unterzeichnet

Wien, 6. September.

Die deutsch-österreichische Nationalversammlung nahm nach längerer Debatte den vom Hauptausschuß vorgeschlagenen Beschlußantrag, wonach gegen die Verletzung des Mitbestimmungsrechts Deutschösterreichs durch den Friedensvertrag protestiert und der Staatskanzler beauftragt wird, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, an. Der Protest wurde einstimmig und der Auftrag an den Staatskanzler, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, mit 27 gegen 23 Stimmen angenommen.

Republik Birkenfeld

Berlin, 6. September.

Rechtsanwalt Geller-Birkenfeld hat an die Reichsregierung folgende Depesche gesandt:

„Birkenfeld hat sich in der Landesausschuß-Sitzung vom 30. August vom Volksstaat Oldenburg losgesagt als selbständige Republik im Verbande des Deutschen Reiches. Eine Volksabstimmung über die Anschlußfrage an einen Nachbarstaat ist bereits in die Wege geleitet. Wir bitten um telegraphische Anerkennung. Der § 18 der Reichsverfassung ist von der Besatzungsbehörde, da es sich um besetztes Gebiet handelt, als nicht vollziehbar erklärt worden. Die französische Besatzungsbehörde hat die Republik Birkenfeld bereits anerkannt.

Die Regierung der Republik Birkenfeld.
Geller, Präsident."

Darauf ist folgende Antwort des Reichsministeriums des Innern ergangen:

„Die Erklärung des oldenburgischen Landesteiles Birkenfeld zu einer selbständigen Republik ist unvereinbar mit Artikel 18 und 167 der Reichsverfassung. Die gewünschte Anerkennung durch die Reichsregierung wird daher versagt. Die Verhandlungen über Loslösung Birkenfelds von Oldenburg sind nur durch die nach dem bisherigen Gesetz berufenen Behörden und Volksvertretungen von Berlin und Oldenburg zu führen.

Reichsminister des Innern. David."

Koblenz, 6. September.

Aus Birkenfeld wird über einen Proteststreik der Arbeiterschaft berichtet: Nachmittag um 3 Uhr verließen die Arbeiter ihre Fabriken und schlossen die Kaufleute ihre Läden. Darauf wurden die öffentlichen Lokale von Militär besetzt und die Wiederaufnahme der Arbeit erzwungen. Es wurde eine Anzahl Verhaftungen vorgenommen, darunter auch die des Führers der demokratischen Partei, Rechtsanwalts Dörr und des Sozialdemokraten Schmitz. Die Verhafteten wurden zusammengerufen. Denen, die nicht sofort erschienen, wurde eine Strafe von 4000 Mark auferlegt. Die Fabriken, in denen gestreikt wurde, haben 1000 Mark Strafe zu zahlen. Für jeden weiteren Streikfall werden 10 000 Mark Strafe angedroht. Auf den Straßen spielten sich unglaubliche Szenen ab. Die Erbitterung in der Bevölkerung ist ungeheuer.

Vor neuen Kohlenpreis-Erhöhungen

Vertragsbruch der Arbeiter — Zwang —

Ein Zwischentarif.

Die Erhöhung der Kohlenpreise ist in völlig überraschender Weise gekommen. Innerhalb weniger Tage nutzten der Reichs-Arbeitsminister und die Grubendirektoren sich dahin entscheiden, eine nicht unwesentliche Preiserhöhung, die den Verbraucher empfindlich belastet, vorzunehmen, oder die Belieferung Mittel- und Nordbeutschlands mit Hausbrand in Frage zu stellen. Dabei sei ausdrücklich bemerkt, daß diese Preiserhöhung eine vorläufige ist und daß ein weiteres Anziehen der Schraube Anfang Oktober erwartet werden muß. Dazu wird geschrieben:

Zwischen den Grubenleitungen in der Niederlausitz und Senftenberg, ebenso wie in den rheinischen Braunkohlenrevieren bestanden Tarifverträge mit den Arbeitern, die bis Anfang Oktober liefen. Am verflossenen Sonnabend traten nun Ausschüsse der Hauptgruben an die Direktionen heran und verlangten in der jetzt üblichen Form eines Ultimatums eine sofortige Erhöhung der Akkord- bezw. Stundenlöhne. Das war ein glatter Vertragsbruch, da die bis Anfang Oktober laufenden Tarife hätten innegehalten werden müssen. Die Vertreter der Arbeitnehmer erklärten jedoch, daß sie für die Haltung der hinter ihnen stehenden Bergleute keine Garantie übernehmen könnten, wenn nicht sofort ein Zwischentarif geschaffen würde, der bis zur Einführung eines für ganz Mitteldeutschland geltenden Einheitstarifes Gültigkeit haben soll. Es wurde verlangt, für Vollarbeiter eine Zulage von 3 Mark, für weibliche und jugendliche Kräfte eine solche von 1,50 Mark. Die Grubenleitungen wandten sich an den Reichsarbeitsminister, der 48 Stunden später eine Konferenz einberief, die unter dem Vorsitz eines Regierungsvertreters tagte, und an welcher Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer teilnahmen. Angesichts der katastrophalen Lage der Kohlenwirtschaft blieb nichts anderes übrig, als die Forderungen der Arbeiter in vollem Umfange zu erfüllen. Die Mehrkosten an Löhnen stellen sich auf 10 Mark pro Tonne. So wurde auch die Erhöhung der Preise für die Konsumenten beweisigt. Diese neuen Löhne gelten bis zum 5. oder 6. Oktober dieses Jahres. Bis dahin muß der Einheitstarif für Mitteldeutschland geschaffen sein. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß die Vertreter der Arbeitnehmer sich mit den jetzt zugesprochenen Löhnen nicht begnügen werden, sondern daß der kommende Tarif eine weitere Erhöhung der Förderpreise und damit natürlich auch eine weitere Verteuerung der Kohlen bringen wird.

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen

Haag, 6. September.

Die britische Regierung ließ im Haag ihre Absicht ankündigen, deutsche Kriegsgefangene aus England über Rotterdam zu entlassen. Nachdem der niederländische Generalstab mitgeteilt hatte, daß die holländischen Bahnen täglich 2—3000 Kriegsgefangene abbefördern können, ließ die englische Regierung bei der deutschen Vertretung im Haag anfragen, ob sie bereit sei, wöchentlich 3000 Kriegsgefangene in Rotterdam zu übernehmen. Deutscherseits erklärte man sich zur Uebernahme von täglich 1000 Mann bereit, stellte aber eine Erweiterung der Aufnahmemöglichkeiten für später in Aussicht.

Frankreich gibt erst frei nach der Ratifizierung

Das Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz, Abteilung für Flüchtlingsfürsorge, teilt mit:

Nach Erkundigungen, welche die Schweizer Gesandtschaft beim französischen Ministerium des Aeußern eingezogen hat, sollen die in englischer und amerikanischer Hand befindlichen Kriegsgefangenen unverzüglich heimgeschafft werden, dagegen wird die Heimschaffung der in französischer Hand befindlichen Kriegsgefangenen erst nach Ratifizierung des Friedensvertrages zur Ausführung kommen, wobei mit den Innenlagern begonnen wird. Die Zivilinternierten in Frankreich werden sofort freigelassen.

Eine deutsche Note an Litauen

Amsterdam, 6. September.

Dem Führer der lettischen Delegation in Berlin, Schreiner, wurde heute vom Reichsminister des Aeußern, Hermann Müller, folgende Note übergeben:

„Die deutsche Regierung verurteilt aufs schärfste die am 24. August in Mitau von deutschen Truppen gegen lettische Soldaten und Behörden verübten Gewalttätigkeiten und spricht der lettländischen Regierung ihr lebhaftes Bedauern über die Vorkommnisse aus. Ohne diese Vorkommnisse irgendwie entschuldigen zu wollen, glaubt die deutsche Regierung doch die lettische Regierung auch bei dieser Gelegenheit auf die Ursachen der äußerst gereizten Stimmung eines Teiles der deutschen Truppen aufmerksam machen zu müssen. Ein Teil der deutschen Soldaten ist in hohem Grade erbittert darüber, daß die lettische Regierung den fremdländischen Soldaten zu einer Zeit, als ihr die deutsche Hilfe unentbehrlich schien, das Recht auf Einbürgerung gab und damit ihnen Niederlassung und Ansiedlung in Kurland eröffnete, daß sie nunmehr aber ihnen jede Anwartschaft darauf abspricht.

Dessen ungeachtet versucht die deutsche Regierung mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln, insbesondere auf dem Wege stärkster Beeinflussung der Truppen durch ihre Führer, weiteren Ausbrüchen dieser verbitterten Stimmung vorzubeugen und die Truppen zur Aufgabe des Widerstandes gegen den von ihr gegebenen Befehl zur schleunigen vollständigen Räumung Lettlands zu bewegen. Die deutsche Regierung spricht die Hoffnung aus, daß sie hierdurch zu dem von ihr erstrebten Ziel der Vermeidung weiterer Unbotmäßigkeiten der deutschen Truppen in Lettland gelangen wird."

Das Gewissen des Staates

Von Generalsuperintendent D. Reinhard-Danzig, Mitglied der preußischen Landesversammlung.

Die Kirche ist das Gewissen des Staates. Als ich im Frühjahr dieses Jahres in einer von kirchenfeindlicher Seite einberufenen Versammlung, die sich die Bekämpfung der von mir an die politischen Parteien gerichteten kirchlichen Forderungen zur Aufgabe stellte, diesen Leitsatz aufstellte, erfuhr ich seitens des aus Berlin herübergekommenen bekannten Schriftstellers Dieterich, des angeblichen damaligen Vertrauensmannes im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, in doppeltem Sinne eine scharfe Zurechtweisung. Er kritisierte formell meine Behauptung als Schlagwort und warf ihr zugleich inhaltlose Unwahrheit vor.

Es ist eine eigenartige Sache um das Schlagwort. Wenn die Wogen des öffentlichen Lebens besonders hochgehen, werden eine Menge Schlagwörter ins Land geworfen. Viele glitzernde Kiesel, aber auch mancherlei gehaltvolle Ausdrücke. Den Haupterklärungsgrund für die mitunter ganz erstaunliche Wirkung eines schlagenden Wortes gibt der ihm innewohnende Gefühlswert. Nicht selten darf man gewissermaßen von einem Dunstkreis reden, der die Sinne gefangen nimmt. Die zauberhafte Wirkung Nietzscherscher Sprache beruht auf einer Ausbeutung dieses Gefühlswertes und der mit ihm verbundenen Vielseitigkeit der Worte. Ueberhaupt ist es eine Tatsache der Erfahrung, daß revolutionäre Geister und Zeiten besonders fruchtbar in der Hervorbringung von schlagwortartigen Ausdrücken sind. Insofern müßte ich die formelle Kritik meines Leitsatzes als einen starken Vorwurf empfinden und mich zur Prüfung veranlaßt sehen, ob sein Gefühlswert vor der Wahrhaftigkeit standhält. Ich bin dankbar, daß mir durch die breiteste Oeffentlichkeit des gedruckten Wortes Gelegenheit geboten wird, den von mir aufgestellten, übrigens nicht von mir erfundenen Satz zu beweisen.

Mein damaliger Gegner versuchte mich mit der mindestens ebenso kühnen Behauptung zu widerlegen: „Der Staat braucht kein Gewissen. Die Wohlfahrt seiner Bürger ist der zureichende Beweggrund seines Handelns! Ganz abgesehen davon, daß über die Wohlfahrt der Bürger die Meinung unter diesen selbst, die doch erste und letzte Instanz des Urteils darstellen müßten, eine sehr verschiedene ist, liegt dieser Anschauung ein Staatsbegriff zugrunde", der alles andere, nur nicht deutsch ist. Sie mag für England und Amerika zutreffen; denn der angelsächsische Staatsgedanke ist durch und durch „utilitonistisch orientiert", sie mag meinetwegen auch auf den französischen Staatsbegriff angewandt werden, bei dem der Zweck der „Revanche und Gloire" alle Mittel heiligt; sicher ist sie dem „heiligen Egoismus" Italiens aus der Seele gesprochen; — aber deutsch empfunden ist sie nicht. Die im deutschen Gemüt „verankerte" Staatsidee steht in Volk und Staat einen lebensvollen Organismus, der über den ihm angehörenden Einzelpersonen ein selbständiges persönliches Dasein führt. Das ist ein Gedanke, der auf den Schlachtfeldern Friedrichs des Großen erkämpft wurde, der in den Zeiten der Erhebung in Fichte einen begeisterten Propheten fand, der schließlich auch im vielangefochtenen Gottesgnadentum Wilhelms II., aus dem die Geschichte einmal nicht die ihm vorgeworfene Selbstherrlichkeit, sondern ihr Gegenteil, das gemeinsame Verantwortlichkeitsgefühl von Fürst und Volk, herauslesen wird, zum Ausdruck kommt. Darum, weil letzten Endes der Staat selbst ein sittlicher Begriff ist, braucht er eine unbestechliche sittliche Norm, ein Gewissen.

Diese theoretische Erörterung wird durch die praktischen Erfahrungen vollinhaltlich bestätigt. Nichts weiter, als eine bescheidene Gabe gesunden Menschenverstandes gehört dazu, um angesichts der furchtbaren Verrohung auf allen sittlichen Gebieten, die der Krieg gezeitigt hat, die aber zu allen Zeiten wie Unkrautsamen im Volksacker liegt, die Notwendigkeit einer sittlichen Macht, in der allein die Bürgschaft besserer Zeiten ruht, zu fordern. Und wenn nun noch die ohnedies im modernen Staatsleben angeblich notwendig gewordene Vielgestaltigkeit der Gesetzgebung durch die massenhaften Kriegsverordnungen, die einander nicht bloß ergänzen, sondern oft nach wenigen Tagen aufheben, für ein feineres sittliches Empfinden vollständig unübersichtlich wird, also daß auch der Beste von sich aus schließlich nicht mehr weiß, was Recht, was Unrecht ist, dann verlangt die Volksseele, wenn sie gesündigt, mit elementarer Gewalt nach einem Ariadnefaden, der ihr aus dem sittlichen Labyrinth heraushilft. Sie braucht ein Gewissen!

Sehe ich recht, so sind es drei Eigenschaften, die diese sittliche Staatsnorm haben muß: sie muß einfach, stark und ewig gültig sein. Als Christ und Staatsbürger finde ich diese Forderungen einzig und allein in der christlichen Religion erfüllt. Sie ist einfach. Nicht ein Wust von Gesetzesparagraphen, sondern zehn schlichte, jedem Kinde verständliche Gebote bilden ihren Codex. Sie ist stark. Die Heiligkeit Gottes ist der Richter, die Liebe Gottes der Retter. Sie ist ewig gültig: Die steinernen Tafeln hat Moses zerbrochen, aber die Worte, die auf

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191909071-11/fragment/page=0001

ihnen standen, vergehen nicht, solange die Welt steht. Gewiß ist die christliche Religion „eine Sache zweier Welten" und mehr als bloße Moral. Aber für den Staat als eine rein diesseitige Lebensform kommt wesentlich nur ihre sittliche Seite in Betracht. Gerade darum aber kann auch an dieser Stelle eine, wenn auch nur kurze Auseinandersetzung über das vielgestaltige allgemeine Problem „Religiosität und Sittlichkeit" nicht ganz vermieden werden.

Zuzugeben ist, daß beide keineswegs einander decken. Die Begriffe sind, wenn auch der oft gehörte Vorwurf, daß die religiöse Sittlichkeit wegen des scheinbar ihr innewohnenden Lohngedankens eine minderwertige sei, unbedingt abgelehnt werden muß. Für den evangelischen Christen wenigstens steht fest, daß der Lohn lauter Gnade ist, seine Sittlichkeit braucht den Vergleich mit der gerühmten „autonomen" nicht zu scheuen. Nicht die Aussicht auf Lohn, sondern der Dank für empfangene Gnade ist die Triebfeder seines Handelns. Religiosität und echte Sittlichkeit gehören im Volksbewußtsein so eng zusammen, daß von der öffentlichen Meinung mit Recht dem religiösen Menschen eine sittliche Verfehlung doppelt streng angerechnet wird. Darum werden die meisten gute Christen, auch gute Staatsbürger sein. Ihr sittliches Verhalten ist die Frucht eines Lebensbaumes, von dem ihr Glaube die Wurzel ist. Wenn wir es versuchen wollen, ihre Lebensanschauung im Unterschied von der irreligiösen, neuzeitlichen auf eine Formel zu bringen, so ist die christliche identisch in der Aufstellung des Zieles, realistisch in ihrer Anschauung von Menschen und Mitteln: Das Ziel ist das Reich Gottes, dem alle Dinge, auch der Staat zu dienen haben, Menschen und Mittel aber sind schwach und unzulänglich, weil allerwege mit Sünde behaftet. Umgekehrt setzt die irreligiöse Weltanschauung sich ein realistisches Ziel: parem et circenses, Verdienen und Sichamüsieren, während sie ihre Hoffnung auf den vermeintlich der Verwirklichung nahen Zukunftsstaat nur durch eine trügerische Vorstellung von der Engelhaftigkeit der Menschheit nähren kann. Wer Recht behält, lehren die unverkennbaren Zeichen der Zeit. Und damit ist der Wert der Religion für das Staatsleben grundsätzlich erwiesen. Der alte Kaiser wußte, was er wollte, als er den Ausspruch tat: „Ich will, daß meinem Volke die Religion erhalten bleibt."

Damit ist zugleich die Unhaltbarkeit des sozialdemokratischen Schlagwortes „Religion ist Privatsache" schlagend widerlegt. Gewiß ist Religiosität die privateste Sache von der Welt, die letzten Endes nur mich und meinem Gott etwas angeht. Zugleich aber ist die Religiosität seiner Bürger ein Gegenstand brennendsten Interesses für den Staat, wenn anders er sich seiner Kulturaufgaben bewußt bleibt. Denn jede echte Religion hat gemeinschaftbindende Kraft. Nicht umsonst ist der Stifter des Christentums zugleich der Stifter der christlichen Kirche. In ihr sind die glühenden Kohlen einzelner Menschenseelen, die, wenn sie vereinzelt blieben, dem baldigen Verglühen anheimfallen, zu einem Schmiedefeuer gesammelt, in dem alle menschlichen Lebensgemeinschaften und so auch der Staat zu ihrem Ideal zugerüstet werden.

Wiederum tagt ein großes geschichtliches Problem in unsere Ausführungen hinein, an dem das Mittelalter sich verblutete und das auch heute noch seine Bedeutung nicht verloren hat: die Abgrenzung des Machtbereichs zwischen Staat und Kirche. Die beiden Extreme heißen Papizismus, in dem die Kirche den Staat, und Cäsaropapizismus, in dem der Staat die Kirche knechtet. Wir lehnen beide ab und sehen die einzige Möglichkeit einer Lösung in der freien Volkskirche, die gern und willig an ihrem Teil zum sittlichen Aufbau des Staates hilft. Aufgabe der kirchlichen Verfassungsarbeit, die nicht nur das, was durch die Umwälzung des Bestehenden rechtlos geworden ist, auf einen neuen Rechtsboden stellen muß, sondern die zugleich an der Volkskirche leider immer noch anhaftende Mängel am Volkstümlichkeit mit allen erlaubten Mitteln aus dem Wesen der Kirche heraus zu beseitigen hat, wird es sein, die Vorbedingungen zu schaffen, damit die Kirche je länger je mehr ihre Aufgabe, das Gewissen des Staates zu sein, gerecht werden kann.

Wenn der Artikel 137 der neuen Reichsverfassung den Grundsatz aufstellt, daß es hinfort in der deutschen Republik keine Staatskirche mehr gibt, so mag für einen Teil der Urheber dieser Bestimmung die Absicht maßgebend gewesen sein, jeglichen Einfluß der Kirche auf das Staatsleben dadurch zu beseitigen. Vielleicht aber wird durch göttliche Fügung gerade dieser Satz der Ausgangspunkt zu heute noch ungeahnter Entfaltung kirchlicher Kräfte im öffentlichen Leben und damit zu einer Bestätigung der uralten Reichsgottesregel: „Ihr gedachtet es böse mit mir zu machen, aber Gott gedachte es gut zu machen, wie es jetzt am Tage ist, zu erhalten viel Volks." Augenscheinlich bereitet diese Stelle der Reichsverfassung dem durch demokratische Kurzsichtigkeit in der preußischen Landesversammlung herbeigeführten Zustand, daß drei Mitglieder der gegenwärtigen Staatsregierung Träger des landesherrlichen Kirchenregimentes sind, ein baldiges Ende. Weder der Umstand, daß diese Männer evangelischen Glaubens sind, noch die Tatsache, daß sie bisher zurückhaltend und taktvoll ihr Amt versehen, läßt diese unnatürliche Regelung auf die Dauer als erträglich erscheinen.

Damit aber sind wir zu einer letzten grundsätzlichen Frage geführt worden, deren Beantwortung für unser Thema von der allergrößten Bedeutung ist. Auch sie kann an dieser Stelle nur insofern beantwortet werden, als sie auf die Bedeutung der Kirche für das Staatsleben von Einfluß ist. Sie heißt: Volkskirche oder Freikirche? Ich weiß, daß fromme Christen im Rückblick auf die ersten drei Jahrhunderte der Kirche, in denen der Glaube, selbst unter den Verfolgungen des Staates, so gewaltige und herrliche Kräfte entfaltete, im Hinblick auf das Wesen des Christentums, das die persönliche, bewußte Entscheidung des Individuums fordert, sich für die Freikirche entscheiden. Ich erkenne zum andern gern an, daß in einer Gemeinde erweckter Christen im allgemeinen ein höheres sittliches Niveau sich findet, als in den Massengemeinden der Volkskirche. Und doch muß ich als Kirchenmann und mehr noch als Politiker aus vollster Ueberzeugung für die Volkskirche eintreten. Sie allein hat volkserziehende Bedeutung. Wenn die Anhänger der Freikirche eine Gemeinde von selbständig Ueberzeugten verlangen, vergessen sie, daß die Mehrzahl der Menschen zu dieser Ueberzeugung herangebildet und erzogen werden muß. Und während sie eine Gemeinde Erweckter und Wiedergeborener wollen, gaben sie die große Menge der übrigen preis und lassen sie der Religions- und Sittenlosigkeit verfallen. Nur die Volkskirche kann das Gewissen des Staates sein!

In den ersten Septembertagen finden in Dresden die Verhandlungen des deutschen evangelischen Kirchentages statt. Möchten sie dazu beitragen, die Kirche auch für ihre Aufgaben im Staatsleben zu rüsten. Schon einmal ist ein Kirchentag von unberechenbarem Segen für deutsches Volkstum gewesen. Das war damals 1848 zu Wittenberg, als Wichern auf die sittliche Not des Volkes als auf „einen durch einen Wetterstrahl plötzlich enthüllten Abgrund hinwies", und der Kirche, die wir das Gewissen des Staates nannten, selbst das Gewissen schärfte mit den heute mehr als je gültigen Worten: „Laßt uns inne werden, daß wir gesündigt. Des Volkes Not werde unsere Not, sein Mangel und sein Elend treibe uns, ihm zu geben, was es nie hätte vermissen sollen, — das Herz voll Erbarmen, ein Leben, reich an Opfern, eine Liebe, die nur sucht, was des andern ist."

Die Kronprinzessin in Dieringen

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Amsterdam, 6. September.

Die Kronprinzessin Cecilie und ihre beiden Söhne kamen heute mittag 2 Uhr 15 Minuten in Dieringen an. Der Kronprinz war zur Begrüßung am Hafen.

Italienischer 17 Millionen-Kredit

Washington, 6. September.

Das Schatzamt gibt bekannt, daß Italien ein Kredit von 17 Millionen Dollar gewährt worden ist.

Wilson hat die Absicht, eine Konferenz zwischen Vertretern der Stahlarbeiter und der Stahlkorporation zu veranlassen und dadurch den drohenden Streik abzuwenden. Einige Führer des internationalen Verbandes der Stahlindustrie kommen hier am Dienstag zusammen, um über ein gemeinsames Vorgehen Beschluß zu fassen.

Ministerpräsident Smuts

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Amsterdam, 6. September.

Der Korrespondent der „Temps" meldet aus Kapstadt, daß der amtliche Bericht über die Ernennung des Generals Smuts zum Ministerpräsidenten beim Volke allgemeine Zustimmung gefunden hat. Smuts wird im Parlament einen Antrag einbringen, nach dem der englische König ermächtigt werden soll, den Friedensvertrag im Namen Südafrikas zu ratifizieren. Die Debatten über diese Entschließung werden wahrscheinlich längere Zeit beanspruchen. Die Nationalisten haben über ihre Haltung hierzu noch nichts verlauten lassen. Wie weiter verlautet, soll die deutsche Gesetzgebung in Südwestafrika noch einige Zeit in Kraft bleiben und erst später durch das römisch-holländische Recht ersetzt werden.

Wieder einer, der ratifiziert

Amsterdam, 6. September.

Die Kentuckystaatenkonvention in Louisville hat heute einstimmig den Vertrag des Völkerbundes angenommen. Die Kommission zur Prüfung des Friedensvertrages hat sich für die Ratifikation ohne Zusatzantrag erklärt.

Belgien und Holland

Rotterdam, 6. September.

In der belgisch-holländischen Frage ist eine befriedigende Lösung zu erwarten. Was die Schelde-frage betrifft, so wird Holland Belgien gegenüber durch ein gewisses Entgegenkommen zur Revidierung des Vertrages vom 1839 mitwirken. Es steht aber fest, daß von einer Uebertragung von holländischem Gebiet an Belgien keine Rede sein kann. Damit dürfte die ganze annektionistische Propaganda, die von Paris aus geschürt wurde, bald zusammenbrechen; Frankreich entfaltete diese Propaganda zugunsten Belgiens in der belgisch-holländischen Angelegenheit, um die Entkräftung zu verwischen, die man in Belgien über die seitens Frankreichs vereitelten Wünsche Belgiens auf Luxemburg empfand.

Der Erfolg der Leipziger Messe. Ueber den diesjährigen Besuch der Herbstmesse durch am Geschäft beteiligte Personen läßt sich nunmehr ein endgültiges Bild gewinnen. Es wurden bis einschließlich Donnerstag, den 4. September, 87 832 Ausweise, die zum Besuche aller Messpaläste berechtigen, gegen entsprechenden Ausweis an Einkäufer abgegeben. Außerdem wurden etwa 30 000 Ausstellerlegitimationskarten, die nur zum Betreten des Hauses, in dem sich die betreffende Ausstellung befindet, berechtigen, verausgabt. Es ergibt sich demnach bis einschließlich 4. September ein festgestellter Messbesuch kaufmännischer Interessenten in Höhe von rund 118 000, eine Zahl, die bis zum Sonnabend, dem letzten Messtage, noch ein wenig steigen dürfte. Nicht in die Berechnung einbezogen sind die den Ausstellern verabfolgten Abzeichen, weil deren Empfänger zum größten Teil dieselben Personen sind, die die Legitimationskarten erhalten haben. Stellt man Vergleiche an mit der Herbstmesse 1918 bzw. der Frühjahrsmesse 1919, so zeigt sich, daß der Zuwachs 18 000 bzw. 24 000 beträgt. Gegenüber dem Zuwachs der Ausstellerfirmen, der diesmal eingetreten ist, hätte die ganze Besucherzahl noch größer sein müssen, wenn das Verhältnis zwischen Ausstellern und Einkäufern das gleiche sein sollte, wie vor einem Jahre. Zum Teil ist das veränderte Verhältnis zwischen der Gesamtbesucherzahl und der Zahl der Ausstellerfirmen auf das vergrößerte Warenangebot zurückzuführen, zum Teil dürfte es aber auch damit zusammenhängen, daß diesmal die Fahrpreisermäßigung auf den Eisenbahnen in Fortfall gekommen ist.

Ungeheure Waldbrände in Südfrankreich. Die großen Waldbrände in der Gegend von Toulon dauern unvermindert fort. Der Schaden übersteigt bereits 10 Millionen Franks. Man vermutet, daß die ganzen Brände auf Brandstiftung zurückzuführen sind. Wenn der ungünstige Wind noch weiterhin anhält, so dürfte die Stadt Tulon selbst durch das Feuer in unmittelbare Gefahr kommen. Einige Forts sind bereits bedroht. Große Truppenaufgebote sind weiterhin zur Eindämmung des Brandes nach Toulon abgegangen.

Waldbrand im Bodetal. Unmittelbar bei Thale brach im Bodetal ein großer Waldbrand aus, der verheerende Wirkungen hatte. Die ganzen Waldbestände am Roßtrappenberg sind niedergebrannt. Das bekannte Hotel „Königsruh" mußte geräumt werden, da es durch abstürzende Felsblöcke gefährdet wurde. Gestern abend konnte der Brand eingedämmt werden, doch bleibt das Bodetal bis auf weiteres gesperrt, da immer noch nachstürzende Felstrümmer den Weg gefährden. Der Schaden läßt sich noch nicht übersehen.

Nachdruck verboten.

Der Staatsanwalt

34] Roman von Artur Brausewetter.

In diesem Augenblick erhebt sich der berühmte Verteidiger. Leuchtenden Auges, gehobener Stimme, wendet er sich an den Gerichtshof:

„Ich erlaube mir schon jetzt, meine Herren Geschworenen, Ihr Augenmerk recht dringlich auf diesen Punkt zu richten; denn ich werde später auf ihn ganz besonders eingehen. Die Angeklagte hat den Herzenswunsch, ihren armen Pflegling mit in die Heimat zu nehmen. Die Freifrau teilt ihr des Abends mit, daß sie ihr diesen Wunsch erfüllen wird. Die Angeklagte ist unbeschreiblich glücklich. Einige Stunden darauf geschieht der furchtbare Mord. Ich wüßte nicht, was in der ganzen Welt die Tat der Angeklagten unbegreiflicher machen sollte als diese unmittelbare Folge der vorhergehenden Ereignisse!"

Und wahrlich — immer unverständlicher, immer dunkler wird die Angelegenheit. Je weiter die Verhandlung fortschreitet, um so größer wird das Rätsel, vor dem man steht.

Selbst der Staatsanwalt blickt nach diesem Verhör und den Worten des Verteidigers finster und sehr nachdenklich in seine Akten. Nur die Angeklagte steht ruhig und gelassen da, als ginge die ganze Sache sie wenig an.

Große Aufmerksamkeit erregt noch die Vernehmung des Seewalder Arztes, der gleich nach dem Verbrechen auf den Tatort gerufen war und der Angeklagten, nachdem er ihre Wunden verbunden hatte, dorthin gefolgt war.

Der Tote habe auf dem Bette gelegen. Um seine Brust sei ein Handtuch gewickelt gewesen, kunstgerecht wie eine Binde. Er habe alle hinausgehen lassen, nur die Angeklagte habe er zu seiner Hilfe bei sich behalten. Dann habe er das Tuch entfernt. Da habe er eine große Stichwunde gesehen. Der Stich habe gerade das Herz getroffen. Der Täter müsse an der rechten Seite des Kopfendes gestanden und den Stich mit großer Sicherheit geführt haben.

„Fiel Ihnen an der Angeklagten irgend etwas auf?" fragt der Vorsitzende.

„Nein — sie war nur sehr bewegt. Aber sie weinte nie, sondern sah starr aus wie auch jetzt öfter. Ab und zu trat sie an den Toten heran und streichelte sein Antlitz. Wie wohl ihm sein mag, sagte sie einmal dabei, wie zu sich selber sprechend. Ich sagte mir, daß doch irgendwo eine Mordwaffe sein müsse und habe danach später mit dem Herrn Rittmeister alles abgesucht — wir fanden aber nicht das geringste."

Aehnlich sagt auch die Wirtin der Pension aus: Auch sie habe alles nach einer Mordwaffe durchsucht und ebenfalls nichts gefunden, selbst da nicht, als sie hörte, daß aus ihrer Wirtschaft ein spitzes Messer verschwunden sei, das sie sofort als das ihre wiedererkennen würde. An der Angeklagten sei ihr nichts aufgefallen: höchstens der starre Blick und die Energie, mit der sie alle ihre Bemühungen, auch ihr Anerbieten, zu dem Arzte zu gehen, zurückgewiesen habe. Sie sei dann auch selbst, obwohl sie verwundet war, zum Arzte gegangen.

„Aber irgend einen Verdacht auf die Angeklagte haben Sie nicht gehabt?"

„I Gott bewahre! Dazu hat sie den Alfred viel zu lieb gehabt. Ich selber habe sie unzählige Male beobachtet, wie gut sie zu ihm gewesen. Solche Aufopferung habe ich nie für möglich gehalten."

Und diese Liebe, diese Aufopferung hebt nun ein Zeuge nach dem andern mit rührenden Worten hervor. Es macht einen ergreifenden Eindruck, als ein Zeuge aus ihrer Heimat, ein biederer Fischer, der aus seinem kleinen Dorfe an der Nordsee, von der Verteidigung hierher geladen, die Angeklagte eine Zeitlang betrachtet und dann, wie überwältigt, in die Worte ausbricht:

„Was, unsere Annemarie, die Wohltäterin der ganzen Familie, sie, die ihren geringen Lohn für Mutter und Verwandte hingab, die kein Huhn schlachten konnte, sie eine Mörderin?! das ist unmöglich!"

„Es gibt wohl kaum einen Menschen auf der ganzen Welt, dem Sie die Tat weniger zutrauen als diesem Mädchen?" fragt der Justizrat.

„Ich kenne keinen!"

Wer ist es gewesen?

Nur einer hält sich von jeder derartigen Frage frei, das ist der Staatsanwalt.

Glaubt er immer noch an die Schuld der Angeklagten?

13. Kapitel.

„Er ist entschieden ein heller Kopf, dieser Staatsanwalt", sagt der berühmte Verteidiger, der nach dem Abendbrot bei einem Glase guten Weins im Hause des Justizrats Erholung sucht, von dem anstrengenden Tage, „aber schade nur um ihn: er ist eben Staatsanwalt, und will sich nicht von dem überzeugen lassen, was jedem einsichtigen Menschen klar ist — sonnenklar."

„Er ist verbohrt — total verbohrt!" schreit der Justizrat und schlägt mit der starken Hand auf den Tisch, daß der Verteidiger ganz ängstlich sein Glas festhält, das dem Umsturz nahe ist.

Die beiden Frauen sitzen schweigend dabei.

Gerda ist fast krankhaft bleich geworden. Sie macht eine entsetzliche Zeit durch. Volkow hat sich nicht ein einziges Mal mehr im Hause sehen lassen. Sie hört nur auf ihn schelten, oder, was noch schlimmer ist, sie sieht, wie der berühmte, sehr eitle Verteidiger ihn mitleidig bedauernd „Ein heller Kopf — aber — aber", und er zuckt noch einmal vielsagend die Achseln.

Und sie selber? Sie ist mit der Mutter zusammen als Zeugin vernommen worden, sie hat den Verhandlungen Tag für Tag beigewohnt. — Sie kann ihm nicht recht geben. — Sie muß dem Vater beistimmen und Doktor Walter, dessen wachsende Gunstbezeugungen ihr so furchtbar sind. Aber darin sehen sie klar: Annemarie ist unschuldig! So ruhig, so sicher, so groß könnte sie nie vor Gericht stehen, wenn sie diese schreckliche Tat wirklich begangen hätte. Dazu hat sie dieses Mädchen im Sommer zu gut kennen, zu sehr lieben gelernt! Nein, sie ist unter allen Umständen unschuldig!

Daß er es nicht einsehen will, er mit seinem hellen Geiste, seinem klaren Kopfe. Daß er diesem Wahne — anders kann auch sie es nicht mehr nennen — von ihrer Schuld so behorrlich und unbeugsam nachgeht. Ach, daß sie ihn einmal, ein einziges Mal nur sprechen könnte! Oder daß dieser entsetzliche Prozeß, den freilich er allein so in die Länge zieht, endlich seinen Schluß erreichte — Und wenn er auch unterlänge und gedemütigt würde! Wenn er ihn, den Stolzen, Starken auch noch so schmerzte und kränkte — wie wollte sie ihn trösten dann und aufrichten, wie auch den Vater durch die unerschütterliche Liebe und Treue zu ihm umstimmen — wenn nur!

(Forts. folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191909071-11/fragment/page=0002

Der Geiselmord vor Gericht

München, 6. September.

Oberleutnant Baron Moser aus Nürnberg erzählt über seine Erlebnisse im Geiselkeller: Er wurde verhaftet unter der Beschuldigung, an einem Komplott der Konterrevolution beteiligt zu sein. In dem Keller traf ich etwa zehn Leute, darunter den Kommunisten Wiedermann und den Arbeiterrat Jung. Wiedermann erklärte mir entrüstet, er wolle mit dem Kommunismus nichts mehr zu tun haben. Es sei ja geradezu horrend, was man alles hier erlebe. In der Nacht vom 28. zum 29. saß der Zeuge ebenfalls Levien, Levinéfissen, Axelrod und Schidlhofer in den Keller kommen. Schidlhofer leuchtete den Opfern ins Gesicht, an deren Qualen sich die Bestien geradezu weideten. Schidlhofer sagte: „Zu essen gibts nichts mehr, es hat ja doch keinen Zweck." Rechtsanwalt Liebscher wünscht im Anschluß daran von den beiden Zeugen zu erfahren, ob der Prinz zu Thurn und Taxis sich nicht doch in irgendeiner Beziehung politisch betätigt habe, was aber von den beiden Zeugen verneint wird. Der Prinz sei ein harmloser und unpolitischer Mensch gewesen. Was die andere Frage anbelange, so seien zweifellos bei den Regierungstruppen auch nicht lauter gute Elemente gewesen, aber solche Zustände, wie sie im Luitpold-Gymnasium herrschten, hätte es doch nicht gegeben. Der Geiselkeller im Gymnasium daselbst sei von keiner anderen Unterkunft in Deutschland erreicht worden. Es sei ein ganz menschenunwürdiger Aufenthalt gewesen.

Der nächste Zeuge, Unteroffizier der Reichswehr Lanthaler, zunächst der Republikanischen Schutztruppe, später dem Sparkassenbund gedient. Als er sich aus dem Gymnasium verabschieden wollte und seine Pässe verlangte, erklärte ihm Seidl: „Wenn Sie sich entfernen, lasse ich Sie erschießen." Er hält Seidl für den alleinigen Kommandanten, denn er stellte die Mannschaften für Dachau zusammen, schrieb Haftbefehle für Geiseln und handelte auch in dem Falle des Rechtsanwalts Scanzoni ganz selbständig. In diesem Falle war ein Schneider, der mit Frau des Rechtsanwalts Scanzoni eine Differenz wegen einer Kleideranfertigung hatte, an Seidl mit der Behauptung herangetreten, der Rechtsanwalt und seine Frau konspirierten mit Wilhelm II. Darauf war wenige Minuten später der Haftbefehl für das Ehepaar und das dreijährige Kind ausgefertigt. Der Zeuge weiterhin den Angeklagten Hesselmann als minderwertig bezeichnet, teilt der Staatsanwalt mit, daß sich inzwischen Personen als Zeugen gemeldet haben, die gesehen haben wollen, wie Hesselmann gewerbsmäßig Offiziersgepäck im Gymnasium geplündert habe.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlung wird Rechtsrat Konrad, der Leiter des städtischen Arbeitsnachweises in München, vernommen. Auch er war infolge einer Denunziation Seidl's verhaftet und in das Gymnasium gebracht worden. Der seelische Zustand der Rotgardisten kam am stärksten zum Ausdruck in einem kleinen Sachsen, der nicht mit auf der Angeklagtenbank sitzt, und der von einer wahren Tollwut befallen wurde. Er ging nachts in die Zelle, in der die beiden Husaren saßen, schrie sie mit „Moskehunde" und „Mutthunde" an, riß sich und traktierte sie mit Fußtritten, Schlägen ins Gesicht und Schimpfworten. Andere Rotgardisten kamen hinzu und behandelten sie gleichfalls aufs schwerste. Die beiden Leute waren schon ganz kraftlos. Sie wurden als „Saupreußen, Hunde und Schweine" bezeichnet; ohne den Schatten eines Beweises wurden sie beschuldigt, an der Ermordung Liebknechts und der Rosa Luxemburg teilgenommen zu haben. Dann wurden die zwei auf den Hof hinuntergestoßen. Wir mußten alle hin und sah, wie aus den unteren Räumen Soldaten mit Gewehren eilten und ihnen die ganze Sache sehr willkommen war. Ich hielt es damals nicht für möglich, daß man die Husaren erschießen würde, obwohl allgemein davon gesprochen wurde. Vielmehr glaubte ich, sie sollten einer grausamen Folter unterzogen werden. Plötzlich hörte ich, daß ein Maschinengewehr in Stellung gebracht werden sollte, um uns alle auf einmal zu erschießen. Es hieß: „Die Weißen machen es mit uns auch so." Mittelbar darauf fiel ein Schuß und dann 6 oder 7 Hinterher. Bei dem ersten Schuß fiel der jüngere Soldat um. Die anderen taumelten alle beide. Es war ein schrecklicher Anblick. Ein Rotgardist, der an mir vorüberging, sagte ganz fröhlich: „Der Junge scheint etwas Angst gehabt zu haben, denn sein Gesicht ist ganz rot aus."

Der frühere Vorsitzende des Münchener Arbeiterrats und Kommissionär Jung in Frankfurt a. M. bekundet, daß am 27. April ebenfalls in den Geiselkeller kam. Er wurde Befehl Aghofers verhaftet. Im Gymnasium herrschte ein fortwährendes Kommen und Gehen. Als in der Nacht Levien, Axelrod, Leviné-Nissen und Seidl im Keller erschien, nahm der Zeuge das Wort, um die Klagen der Gefangenen über diese unhaltbare Behandlung vorzubringen. Es wurde ihm jedoch vorgeworfen, daß Erschießungen von Rotgardisten in Starnberg und Dachau vorgekommen seien und daß die Geiseln deshalb daran glauben müßten. Am nächsten Vormittag ging der Zeuge in die Kantine, um sich Zigarren zu kaufen und hatte das Glück, daß er während dieser Zeit die Liste der zu erschießenden Geiseln verfertigt wurde, in welche er auf diese Weise nicht mit hineinkam. Als er zurückkam, sah er gerade, wie die ersten drei Geiseln auf den Hof geführt wurden. In dem Gymnasium herrschte während der ganzen Zeit eine furchtbare Aufregung. Es wurde häufig Alarm geblasen, dann kam der Löhnungsappell daran, dann wieder gab es Auseinandersetzungen und schließlich wurde es still. Um 11½ Uhr nachts kamen plötzlich Rotgardisten an den überlebenden Geiseln hineingestürzt und riefen: „Es angehen." Die Opfer waren halb geistesabwesend, aber aus den Zellen herausteigender Feuerschein und Rauch trieb zur Eile. Die Rotgardisten hatten die Betten und Strohsäcke angezündet gesteckt, weil angeblich die Weiße Garde in Anmarsch sei. Tatsächlich kam einige Minuten später ein Automobil mit Maschinengewehr, von Weißgardisten besetzt. Der Vorsitzende bringt dann die angebliche Zeugenbeeinflussung Jungs zur Sprache. Jung erklärt demgegenüber, daß er keinerlei Beeinflussung versucht habe, er sei aber Sozialist und es hätten damals unglückliche Verhältnisse geherrscht, die von der Mehrheitssozialdemokratie nicht geändert werden konnten, weil kommunistische, spartakistische und russische Einflüsse stärker waren.

Arbeitsbeschaffung für die Kriegsgefangenen

Die lang ersehnte Rückkehr unserer Kriegsgefangenen hat das Reichsarbeitsministerium Veranlassung gegeben, einerseits vom Demobilmachungsministerium erlassenen Bestimmungen über die Einstellung, Entlassung und Löhnung der gewerblichen Arbeiter und der Angestellten durch die Zeitverhältnisse bedingten Nachprüfung zu ergänzen. Die genannten Verordnungen des Demobilmachungsministeriums vom 4. und 24. Januar 1919 werden mit Kraft gesetzt und an ihre Stelle tritt eine einheitliche neue Verordnung des Reichsarbeitsministers über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung vom 3. September 1919, die im Reichs-Gesetzbl. S. 1499 veröffentlicht ist.

Das Ziel der neuen Verordnung geht auch hier wieder dahin, den Kriegsgefangenen den Wiederaufbau ihrer wirtschaftlichen Existenzen zu erleichtern, indem der Gesetzgeber den Arbeitern die Verpflichtung auferlegt, die früher von ihnen beschäftigten Kriegsgefangenen wiedereinzustellen. Grundsätzlich und in erster Linie kann der Kriegsgefangene das Einstellungsverlangen an den Arbeitgeber richten, der ihn beim Ausbruch des Krieges beschäftigte; doch sind in den neuen Vorschriften auch andere Möglichkeiten vorgesehen.

Die früheren die Arbeiter betreffenden Bestimmungen des Demobilmachungsministeriums beschränkten diese Rechtswohltaten nur auf gewerbliche Arbeiter, die in Betrieben mit 20 oder mehr Arbeitern tätig gewesen waren. Die neuen Vorschriften kennen keinen Unterschied zwischen gewerblichen und sonstigen Arbeitern, z. B. in der Landwirtschaft, sie sind auch nicht auf eine bestimmte Betriebsgröße beschränkt.

Natürlich muß auch jetzt wieder das Einstellungsverlangen des Kriegsteilnehmers haltmachen vor besonders ungünstigen Verhältnissen des Arbeitgebers, die eine Wiedereinstellung verbieten. Im Streitfalle steht die Entscheidung hierüber, wie bisher, dem Schlichtungsausschuß und Demobilmachungskommissar zu.

Die Sondervorschriften über die Streckung der Arbeit durch Verkürzung der Arbeitszeit finden neuerdings auch auf die Angestellten Anwendung, überhaupt gelten die Bestimmungen der Verordnung vom 3. September gleichmäßig für Arbeiter und Angestellte.

Während bisher die Frist für die Meldung der Kriegsteilnehmer beim alten Arbeitgeber allgemein auf zwei Wochen beschränkt war, ist sie nunmehr für die Kriegsgefangenen und Zivilinternierten auf sechs Wochen verlängert worden. Die Kriegsgefangenen können sich also zunächst der Ruhe und Erholung hingeben, ehe sie sich bei ihren alten Arbeitgebern zur Aufnahme der Arbeit zu melden brauchen.

Abgesehen von den Sondervorschriften für die Kriegsgefangenen enthält die neue Verordnung allgemeine grundlegende Vorschriften über die Entlassung aller beschäftigten Arbeiter und Angestellten, über das Verfahren bei Arbeitsstreitigkeiten und dergleichen, die wohl als Uebergangsvorschriften zu dem Betriebsratsgesetz, das der verfassungebenden Nationalversammlung zurzeit vorliegt, anzusehen sind.

Provinz Sachsen

Die Kohlennot in Thüringen

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

5. Weimar, 6. September.

Die Kohlennot beginnt in ganz Thüringen einen katastrophalen Charakter anzunehmen. Auch die Verhandlungen wegen Gründung eines thüringischen Kohlenamtes sind nicht nur nicht über das Anfangsstadium hinausgekommen, sondern es haben sich sogar derartige Schwierigkeiten herausgestellt, daß die ganze Einrichtung nicht zustande kommen wird und seine Funktionen dem Ernährungsamt in Weimar übertragen werden. Inzwischen hat der Kohlenmangel bewirkt, daß die Erzeugung von Margarine in ganz Thüringen stockt. Zahlreiche thüringische Fabriken haben aufgehört zu arbeiten, und namentlich ist die Porzellanindustrie aufs schwerste bedroht.

*

Anhalts Anteil an der Diehlieferung für die Entente

h. Nach Mitteilungen, die der Vorsitzende der anhaltischen Landwirtschaftskammer, Geh. Oekonomierat Sneuberlich-Gröbzig, im Cöthener landwirtschaftlichen Verein machte, hat Anhalt zu der im Friedensvertrag festgelegten Viehlieferung für unsere Feinde 297 Kühe, 295 trächtige Fersen, 35 Bullen, 72 ältere und 85 jüngere Jungrinder zu liefern. Man hofft, diese durch Händler freihändig aufzubringen, so daß Zwangslieferungen vermieden werden können. Pferde sind 251 aufzubringen, wobei aber die Zahl der Stuten und Hengste noch nicht feststeht. Hier werden nur solche belgischen Schlages angenommen. Geliefert muß vorläufig eine höhere Zahl werden, um für zurückgewiesene Tiere Ersatz zu haben. 1273 Schafe und 13 Böcke hofft man in den Kreisen Cöthen und Bernburg ebenfalls freihändig aufzubringen, wobei hauptsächlich auf Fleischschafe Wert gelegt wird. Ziegen werden vorläufig 93 verlangt, es können aber auch mehr werden. Von Schweinen waren ursprünglich 78 Zuchtsauen gefordert, aus Angst vor Seucheneinschleppung verzichteten aber die Franzosen auf die Schweine und verlangten dafür mehr Federvieh und Ziegen. Anhalt wird durch diese Lieferung nicht allzu hart getroffen, doch ist zu bedenken, daß es sich dabei nur um eine erstmalige Forderung handelt, die von unseren Gegnern jederzeit erhöht werden kann.

*

t. Quedlinburg, 6. Sept. (Keine geheimen Sitzungen mehr. — Kampf mit Felddieben.) Die Geschäftsordnungskommission der Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, keine geheimen Sitzungen mehr abzuhalten. — Einen schweren Kampf mit fünf Felddieben hatte vergangene Nacht ein Feldpolizeiwachmeister, der die fünf Männer beim Gurkendiebstahl ertappte und von ihnen sofort mit Knüppeln derart bearbeitet wurde, daß er erhebliche Verletzungen davontrug. Der Beamte mußte in der Notwehr von seiner Schußwaffe Gebrauch machen, wobei der Haupttäter, dessen Verhaftung möglich war, schwer verletzt wurde.

1. Burg, 6. Sept. (Verhaftete Betrüger. — Ertrunken.) In Brandenburg wurden vier Artisten verhaftet, die falsche 50 Markscheine ausgegeben hatten. Auch in unserer Stadt hatten sie „mit Erfolg gearbeitet". Jeder hatte angeblich 25 falsche Scheine bei sich. Sie sollen von den abgejetzten Scheinen je 40 Mark ihren Auftraggeber, der noch nicht ermittelt ist, abliefern. Die Falschscheine sind in Charlottenburg, Pankow, Oranienburg, Leipzig, Stettin, Sommerfeld und anderen Orten in Zahlung gegeben. — Der 10jährige Sohn der Schiffseignerin Kleine spielte im Anhängekahn seines Vaters, glitt aus, stürzte über Bord und ertrank. Die Leiche wurde angeschwemmt und geborgen.

— Bebra, 5. Sept. (Ein Eisenbahnunfall) ereignete sich heute früh zwischen Bebra und Hönebach. Von einem Güterzuge war ein Teil abgerissen und prallte bei Niesenhausen auf den um 2 Uhr 45 Minuten früh hier abgefahrenen Personenzug auf. Etwa 13 Wagen entgleisten und sperrten die Strecke, so daß der Personenverkehr von Bebra nach Blankenheim über die Umgehungsstrecke geleitet werden mußte. Die Maschine wurde beschädigt. Einzelheiten fehlen noch.

Aus Thüringen

— Erfurt, 5. Sept. (Der Streik der Gärtner) und Arbeiter in den Erfurter Gärtnereien ist heute durch beiderseitigen Vergleich beendet worden. Die Arbeitgeber machten den Streikenden gewisse Zugeständnisse und ebenso fanden sich diese zu einigen Milderungen ihrer Forderungen bereit. Die Arbeit wird von Freitag früh in allen Gärtnereien wieder aufgenommen.

5. Weimar, 6. Sept. (Zum Anschluß Meiningens.) Der Staatsrat für Thüringen ist abermals in Weimar zusammengetreten, um über den Anschluß Meiningens, das neuerdings Abfallgelüste zeigt, zu beraten. Selbst in den Kreisen des Staats- und Volksrates, die bisher ein Scheitern des Zusammenschlusses für unmöglich hielten, beginnt man jetzt an einem baldigen Erfolge der Bemühungen zu zweifeln und setzt alle Hoffnung auf die Mithilfe des Reiches. In den Verhandlungen kam auch die Abfindungsfrage des ehemaligen Großherzogs zur Sprache. Die Auseinandersetzungen gestalten sich äußerst schwierig und werden noch längere Zeit in Anspruch nehmen.

— Eisenach, 5. Sept. (Tödlicher Unfall.) Aus dem fünften Stockwerk herab auf das Straßenpflaster stürzte aus einem Hause in der Bahnhofstraße der zweijährige Schulknabe Willy Kirs. Er zog sich einen schweren Schädelbruch zu, der seinen Tod herbeiführte.

Aus Sachsen.

— Leipzig, 6. Sept. (Großfeuer.) Auf dem Gelände der ehemaligen Bugra in der Nähe des Völkerschlachtdenkmals brach heute in der dritten Nachmittagsstunde ein Schadenfeuer aus. Die Maschinenhalle und der Pavillon, die als Aufbewahrungsort für staatliche Rohstoffe dienten, wurden eingeäschert.

„H.Z." Sportberichte

Der Verbandstag des Mitteldeutschen Ballspielverbandes in Cöthen

Am 6. und 7. September kommen in Cöthen die Vertreter des Verbandes Mitteldeutscher Ballspielvereine zusammen, um die fällige Hauptversammlung abzuhalten. Die Tagesordnung enthält: 1. Erstattung des Jahresberichtes. 2. Rechnungslegung und Entlastung des Verbandsvorstandes und des Spielausschusses. 3. Neuwahl des Verbandsvorstandes und des Spielausschusses nach Festlegung seines Sitzes und des Schlichtungsausschusses. 4. Vorlegung des Haushaltungsplanes und Festsetzung der Verbandskopfsteuer für das laufende Geschäftsjahr. 5. Arbeitsgemeinschaft mit den Turnkreisen III e, XIII und XIV. 6. Aufnahmegesuche.

Die Tagesordnung beginnt Sonnabend abend um 7 Uhr und wird Sonntag um 8 Uhr fortgesetzt. Da Berufungen an den Verbandstag nicht mehr zulässig sind, so ist mit einer glatten Erledigung der Tagesordnung zu rechnen. Aus dem Kassenbericht des Vorstandes, der mit 30 000 Mark balanziert und im Voranschlag bis auf 42 000 Mark steigt, werden einige Zahlen interessieren. Für Werbezwecke wurden vom 1. Januar bis 30. Juni 4293 Mark ausgegeben. An Einnahmen sind durch Spiele und Kopfsteuer 18 000 Mark gebucht. Die Geschäftsstelle beanspruchte rund 6000 Mark Unterhaltungskosten. Der Voranschlag sieht für die Geschäftsstelle rund 10 000 Mark vor. Die Mitgliederzahl des Verbandes ist auf ca. 40 000 gestiegen, so daß alle Kriegsverluste, mehr als ein Drittel der Mitglieder sind auf dem Felde der Ehre geblieben, nicht nur ausgeglichen sind, sondern die heutige Mitgliederzahl den höchsten Friedensstand um 10 000 Köpfe übersteigt. Das Vermögen des Verbandes beträgt 16 689 Mark.

Pferderennen in Leipzig

Eigene Drahtmeldung der „H. Z."

Sonnabend, den 6. September.

1. Preis vom Scherbelberg. 10 000 Mk. 1850 Meter. 1. Antilope, 2. Ludowika, 3. Fredegunde. Toto für Sieg: 37. Plätze 16, 18. Ferner liefen: Siegbert, Soligast.

2. Spangenberg-Ausgleich. 10 000 Mk. 2000 Meter. 1. Dardanos, 2. Auffahrt, 3. Lulu. Toto für Sieg: 43. Plätze 22, 47, 29. Ferner liefen: Reinfall, Salas y Gomez, Arras 2, Düna, Halt, Salonik, Sphing, Fustanella.

3. Von der Becke-Rennen. 7000 Mk. 1600 Meter. 1. Ballon, 2. Mitchief, 3. Norne. Toto für Sieg: 20. Plätze 14, 17, 36. Ferner liefen: Stella, Kapitalist, Willberg, Sydon, Dodeida, Armede.

4. Franz-Kind-Ausgleich. Ehrenpreis und 13 500 Mk. 1350 Meter. 1. Wellenschaum, 2. Enies, 3. Wilna. Toto für Sieg: 27. Plätze: 13, 13, 20. Ferner liefen Magappa, Henricus, Schakal, Isis, Götz von Berlichingen, Palme, Oberfeldherr, Menja, Artemis.

5. Teutonia-Preis. 27 000 Mk. 2000 Meter. 1. Sturmflut, 2. Hallunke, 3. Seppel. Toto für Sieg: 34. Plätze 18, 27, 30. Ferner liefen Balbus, Engadin, Wellenbrecher, Hütegar, Berliner, Anemone, Radom.

6. Wilhelm-Seyffert-Rennen. 8000 Mark. 1800 Meter. 1. Glückskind, 2. Vehmlinde, 3. Der Sogenannte. Toto für Sieg: 87. Plätze: 25, 28, 19. Ferner liefen: Schweizermühle, Namur, Freiburg, Eleganz, Gebhard, Amanus, Ahnfrau, Gemsjäger, Suka.

7. Preis von Bienitz. 8000 Mark. 1000 Meter. 1. Mittelstraße, 2. Geißler, 3. Sanissa. Toto für Sieg: 21. Plätze: 13, 16. Ferner liefen: Faschingsfee, Armin, Cricus.

*

— Die Fußballmannschaft Viktoria konnte das letzte Spiel ihrer Skandinavienreise endlich zu einem Siege gestalten. Bei strömendem Regen schlugen die Berliner den Kristiania Fußballklub Trygg mit 2:0. Beide Tore schoß Brandt, der in diesem Spiele als Mittelstürmer tätig war. Die norwegische Presse äußerte sich über das faire und technisch vollendete Spiel der Deutschen sehr anerkennend.

— Das Turnseminar der Städt. Handels- und Gewerbeschule für Mädchen zu Halle, Klosterstraße 9, veranstaltet am Sonntag, 7. September, um 6 Uhr, ein Schauturnen in der Turnhalle des Reformgymnasiums, Friesenstraße. Am Montag, 8. September, um 7 Uhr, ein Schauschwimmen in der Männerschwimmhalle des Stadtbades.

Vom Büchertisch

— Ein literarisches Unternehmen, das bei dem heutigen lebhaften Interesse für Lebenserinnerungen in weitesten Kreisen Aufmerksamkeit erregen wird, kündigt der Verlag Heinrich Diekmann in Halle an: Eine Denkwürdigkeiten- und Erinnerungen-Bücherei, die aus dem reichen Memoirenschatz der Weltliteratur Anthologien über einzelne Kunst-, Kultur- und Lebensgebiete wie Musik, Malerei, Baukunst — Liebe, Ehe, Freude — Religion, Philosophie, Redekunst, Theater, Reise usw. usw. bringen wird. Jeder Gegenstand wird in einem besonderen Bande behandelt, der das Interessanteste und Charakteristischste darüber aus den Denkwürdigkeiten und Erinnerungen aller Zeiten und Völker enthält. Es sind Quellenlesebücher für den Belehrung suchenden Laien. Mit der Herausgabe hat der Verlag den Schriftsteller Pfarrer Kurt Engelbrecht beauftragt, dem für die Bearbeitung der einzelnen Bände ein Stab hervorragender, bekannter Autoren zur Seite steht. Der Preis des einzelnen Werkes von etwa 15 Bogen wird 7 Mk. nicht überschreiten.

— Das Geheimnis der jüdischen Weltherrschaft. Preis 1 Mk. Verlag Deutsches Wochenblatt, Berlin-Friedenau, Beckerstraße 7. Unter diesem Titel hat der genannte Verlag ein abgerundetes Kapitel aus einem mehrbändigen Werke neu herausgegeben, das vor einem halben Jahrhundert erschienen und inzwischen aus dem Buchhandel verschwunden ist. Der Verfasser schildert darin die Wege, auf denen das jüdische Volk die Weltherrschaft zu erringen suchte. Wer diese Zeilen liest, dem muß das Verständnis aufgehen für die Ereignisse unserer Tage. Dem Büchlein ist daher weiteste Verbreitung zu wünschen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191909071-11/fragment/page=0003

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Wochenschau

vom 31. August bis 6. September.

* Die Leipziger Messe ist in der vergangenen Berichtswoche das Ereignis, das in einem Rückblick guerst genannt werden muß. Sie ist der Gradmesser für den Stand eines großen Teiles unserer Industrie, denn in Leipzig stellen Firmen aller Zweige aus allen Teilen Deutschlands aus. Und andererseits wird in der Nachfrage und in den getätigten Umsätzen zu erkennen sein, wie aufnahmefähig der Inlandmarkt zu sein vermag. Wenn auch die letzten (Kriegs-) Messen Rekordziffern an Abschlüssen brachten, so war doch immer in allen Berichten hervorgehoben worden, daß die Käufer, damals handelte es sich nur um Inlandkäufer, und einige Neutrale, mit großer Vorsicht ihre Geschäfte tätigten. Diese Vorsicht ist auch noch auf der heurigen Messe wahrzunehmen gewesen, weil die Einkäufer wissen, daß die Fabriken die Aufträge nicht ganz erfüllen können, da Kohlenmangel und Streiks ihre Produktion einschränken.

Erfreulich ist aber die Feststellung, daß die deutsche Industrie auf dem besten Wege ist, den Rückschlag durch die Kriegszeiche wieder gutzumachen. Wo die fehlenden Rohstoffe nach Schwierigkeiten bereiteten, hat man zu Ersatzmitteln gegriffen, die namentlich auf der Baumesse wichtiges Material, wie Zement, Kalk usw. gut ersetzen. Sonst war es aber der industriellen und künstlerischen Musterschau nicht mehr anzusehen, daß wir unter Rohstoffknappheit leiden. Die Stoffpuppen der Thüringer Spielwarenindustrie waren friedensgemäß, die Metallerzeugerfirmen brachten schon wieder Artikel in Sparmetallen, wie überhaupt in vielen Industrien der Friedensstand fast erreicht ist. Wir haben in dem halben Jahre, das kein ruhiges Arbeiten zuließ, weil die politischen Schwierigkeiten sehr große waren, einen tüchtigen Fortschritt gemacht, wenigstens zeigt der Spiegel der Leipziger Messe ein klares, fortschreitendes Bild unseres Wirtschaftslebens. Und gerade das ist der Beweis für die Stärke unserer deutschen Erzeuger- und Handelswelt, daß sie allen Schwierigkeiten zum Trotz soviel schaffen konnte, daß die auf der Messe anwesenden Ausländer in Erstaunen versetzt waren über das, was in Leipzig ausgestellt war. Neulich hat eine holländische Seite darauf aufmerksam gemacht, daß von Deutschland aus immer wieder der Glauben an den wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands zerstört wird. Vielleicht wird die Messe den vielen Tausend Besuchern (es wurden gegen neunzigtausend Einkäufer gezählt) das Selbstbewußtsein wiedergegeben haben.

Die anwesenden Ausländer haben namhafte Umsätze getätigt. Es waren Einkäufer aus vielen neutralen Ländern, vor allem Schweden, Dänemark, Norwegen, Holland dort, aber auch Paris, Italien, England, Polen und die Slowakei hatten ihre Händler entsandt. Sie haben sich nicht an die hohen Preise gekehrt und ist mehr Aufträge überwiesen, als die Firmen annehmen konnten. So ist beispielsweise Porzellan von Frankreich überaus stark gefragt worden. Das Meßamt der Leipziger Mustermessen, das auch in diesem Jahre wieder in vorbildlicher Weise die Organisation dieser Riesenschau durchgeführt hatte, hat die Kauflust des Auslandes mit Befriedigung festgestellt und beschlossen, die Messe noch weiter zu internationalisieren. Wenn damit auch dem Ansehen der deutschen Industrie in hohem Maße gedient ist, so hat dieser Beschluß volkswirtschaftlich schwere Bedenken. Unsere hohen Erzeugerpreise haben ihren Grund in den nachgerade zur Genüge bekannten Schwierigkeiten unserer Zeit. Da vorläufig nicht damit gerechnet werden kann, daß die Arbeiten Einsehen bekommen, daß weiter die Unabhängigen mit ihrer alles zerfetzenden Hetze aufhören werden, so werden also die hohen Gestehungskosten weiter anhalten. Das Ausland kann dagegen weit billiger liefern, und selbst wenn ein hoher Zoll hinzukäme, wäre schon die Qualität mancher Erzeugnisse, dank der guten Rohstoffversorgung des Auslandes, ein Anreiz zum Einkauf. Die deutschen Erzeugerverbände werden jedenfalls bald zu dieser Frage Stellung nehmen müssen.

Da Ebert und Noske die Messe besucht haben, ist zu hoffen, daß nun regierungsseitig unserem ausführenden Handel nicht mehr soviel Schwierigkeiten gemacht werden. Fast täglich laufen Klagen darüber ein, daß die Ausfuhrnebenstelle in unerhört bürokratischer Weise arbeitet und damit die freie Entfaltung der Volkswirtschaft hemmt. Wenn durch die Haltung der Regierung der Entente gegenüber schon Erschwernisse genug gehäuft sind, die dem deutschen Handel eine Entwicklung zum Welthandel unmöglich machen, so sollte doch wenigstens im Innern alles getan werden, um dem A und O des Volkswohls, der Volkswirtschaft, freie Bahnen zu schaffen. Erzbergers Selbstentblößung hat ihn nicht zur Umkehrung bewogen. Wenn er auch nicht mehr die neuen Maßnahmen gegen die Kapitalflucht allein schafft, so wird er doch der Kommission gegenüber, die über die Frage in Berlin verhandelt, der ausschlaggebende Faktor sein. Und damit droht der deutschen Volkswirtschaft immer neues Unheil. Die Abstempelungsfrage ist zu den Akten gelegt; jetzt wird dagegen gemeldet, daß die Sachverständigenkommission andere gangbare Wege gefunden hat, um von Steuerlügnern versteckte oder verschleppte Kapitalsteuer zu erfassen und zwar durch die Einführung des Steuereides. Dieses Verfahren denkt man sich folgendermaßen: „Die Steuerveranlagungskommission erhält das Recht, gegenüber den Steuerpflichtigen das Steuereidverfahren einzuleiten, wenn sich Zweifel an der Wahrheit oder Lückenlosigkeit der von ihnen eingereichten Angaben ergeben. Der Steuerpflichtige hätte dann durch einen festzulegenden Eidesfatz die Richtigkeit und Vollständigkeit seiner Angaben zu beschwören. Vor Ablegung des Eides hat er das Recht, die bisherigen Angaben zu korrigieren. Verletzt er den Eid, so wird er mit Freiheitsstrafe und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte belegt."

Dieses Verfahren wird unserer Valuta wenigstens nichts anhaben können, wenn andererseits auch dahingestellt bleiben muß, ob es Erfolg haben wird.

Ueber die von der Nationalversammlung zum Gesetz erhobenen Prämienanleihe wird jetzt Näheres bekannt. Bekanntlich soll zur Bestreitung einmaliger außerordentlicher Ausgaben die Summe von 9 Milliarden Mark im Wege des Kredits flüssig gemacht werden. Gleichzeitig ist der Finanzminister ermächtigt worden, eine Prämienanleihe auszugeben. Hierauf ist in vielen Kreisen die Ansicht entstanden, daß der Betrag von 9 Milliarden Mark, den die Finanzverwaltung auf dem Wege des Kredits flüssig machen darf, durch die Prämienanleihe beschafft werden soll. Aus dieser irrigen Auffassung heraus wird dann die Frage erhoben, ob es überhaupt möglich sein wird, aus einer Prämienanleihe in der jetzigen Zeit einen so hohen Betrag zu erzielen. Die Prämienanleihe steht aber mit dem der Finanzverwaltung gleichzeitig bewilligten Kredit in keinem unmittelbaren Zusammenhang. Sie ist in erster Linie dazu bestimmt, einen Teil der großen schwebenden Schuld des Reichs abzubürden. Welchen Betrag man aus einer Prämienanleihe erzielen kann, läßt sich im voraus schwer übersehen. Der Erfolg wird nahezugemäß von der Gestaltung der Anleihe abhängen. Dem Vernehmen nach soll für die Anleihe ein Zinsfatz von nur 2 Prozent in Aussicht genommen sein. Das würde darauf hinbeuten, daß die Anleihe vorwiegend den Charakter eines Lotterie-Papiers haben soll. Wer sich an einer solchen Anleihe vorwiegend aus Rücksicht auf die Möglichkeit eines hohen Gewinnes beteiligt, wird nicht viel nach dem Zinsfuß fragen. Soll aber die Anleihe den Charakter eines Anlagepapiers haben, dann wäre eine zweiprozentige Verzinsung entschieden zu gering. Bei dem enormen Umfang unserer schwebenden Schuld ist es von größter Bedeutung, daß die Anleihe möglichst hohe Erträge bringt. Diese Rücksicht zwingt dazu die Spielschuld weiter Kreise unseres Volkes der Anleihe dienstbar zu machen. Es wird deshalb notwendig sein, nicht nur Gewinne in beträchtlicher Höhe festzusetzen, sondern auch eine größere Zahl von Ziehungen in jedem Jahr zu veranstalten. Nur dadurch wird man weiten Kreisen der Bevölkerung einen Anreiz zur Beteiligung an der Anleihe schaffen. Diese Form, die mit der bisherigen streng soliden Anleihepolitik unserer Finanzverwaltung nicht im Einklang steht, ist auch eine Neuerung des Finanzministers Erzberger, der sich damit Ruhm für alle Zeiten erwirbt.

An der Börse vollzog sich vom Beginn der Berichtswoche bis zum Schluß fast tagtäglich das Schauspiel der fortschreitenden Entwertung unserer Valuta und der damit Hand in Hand gehenden Hausse in der ausländischen Valutawerte. Das Hauptgeschäft der Woche spielte sich in Auslandswerten ab, vor allem in Kanadas und ausländischen Kupons, da sie wahrscheinlich zur Bezahlung der Lebensmittel verwandt werden sollen. Am Dienstag erreichte Kanada im freien Verkehr bei großem Geschäft 506, Steaua Romana 452, doch wurden die Kurse am Mittwoch bereits durch Höchstkurse abgelöst, da Kanada bis 510, Baltimore 152—170—165, Steaua 480 erzielten. Erst gegen den Schluß der Woche kam diese wilde Aufwärtsbewegung zum Stillstand, und die Kurse kamen zum Teil schon unter den Höchststand. Auslandspapiere waren Trumpf, so daß die einheimischen Werte etwas vernachlässigt wurden. Montanaktien waren stärker gefragt und erzielten einige Festigung. Die ruhige Aufwärtsbewegung hatte bis zum Schluß der Woche angehalten. Besonderes Interesse zeigte sich für westdeutsche Werte. Schiffahrtswerte gingen verschieden ins Geschäft. Die erstmalige Notierung der festverzinslichen Werte am Montag hat reges Interesse erregt, doch kam das Geschäft erst im Verlaufe der Woche langsam in geregelte Bahnen. Oesterreichische und ungarische Werte lagen still und büßten gegen Ende die leichten Aufbesserungen ein. Im Handel sind einige Schwierigkeiten aufgetaucht, mit denen wir uns späterhin noch beschäftigen wollen, wenn sich deutlicher erweist, daß die Politik der Regierung in der Aufhebung der Zwangswirtschaft nicht die richtige ist. Es ist ja erklärlich und des öfteren auseinandergesetzt worden, daß das Freiwerden eines Handelsartikels eine Hausse, ja geradezu ein Versinken des Erzeugnisses für eine kurze Zeit zur Folge haben muß. Das ist z. B. bei der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Eier und jetzt für Häute, Hafer usw. usw. geschehen. Diese Erscheinung ist durchaus zu begründen und sie rechtfertigt absolut nicht den Schrei nach der Wiedereinführung der Zwangswirtschaft. Die Versorgung mit Brotgetreide begegnet ernsten Bedenken, weil der Ernährungsminister Robert Schmidt noch immer nicht die Fesseln der Zwangswirtschaft für Brotgetreide gelöst hat. Um nun die beschleunigte Anlieferung genügender Mengen Brotgetreide zu erzwingen, sind Anlieferungsprämien ausgeworfen worden, gleichzeitig wurde ein Verbot für das Ausdreschen von Hafer erlassen, der den Landwirten endlich einen Gewinn abwarf. Das ist der beste Beweis für die Ungünstigkeit der heutigen Wirtschaftsform der Regierung. „Gegenwärtig sind, so wurde von der Regierung mitgeteilt, die Anlieferungen aus der neuen Ernte so gering, daß bereits heute die Reichsgetreidestelle jeden Tag mehr an Getreide und Mehl herausgeben muß als sie hereinbekommt. Durch die Einführung der Anlieferungsprämie und das Haferdruschverbot glaubt man der drohenden Gefahr eines Zusammenbruches der öffentlichen Brotgetreideversorgung begegnen zu können. Einer Umgehung des Haferdruschverbotes will man dadurch begegnen, daß der Eisenbahntransport in Hafer besonders überwacht und seine Ausfuhr einer besonderen Kontrolle durch die Kommunalverbände unterworfen wird." Das sind aber alles Verzweiflungstaten eines Ertrinkenden. Dem sozialdemokratischen Arbeiter mag zwar wieder der Gedanke an das Auslandsgetreide kommen, das ihm in früheren Zeiten immer als die Rettung aus allen Nöten vorgeredet wurde. Mit diesem Auslandsgetreide dürfte es aber mehr oder weniger vorbei sein. Es fehlt an Krediten! „Der Knüppel liegt beim Hunde!" sagte ein Vertreter der Reichsgetreidestelle. Zunächst muß sich der Arbeiter — und namentlich der sozialdemokratisch gerichtete Arbeiter — darüber endlich einmal klar werden, daß „wer nicht arbeitet, auch nicht's zu essen bekommen darf". Das hat schon August Bebel gesagt, auf den man doch auch heute noch etwas geben mag. Ganz gleich, ob die von den Arbeitern erzeugten Waren nach dem Inland oder dem Ausland gehen, sie müssen erzeugt werden, damit der Arbeiter dafür gelohnt werden kann und für diese Waren Lebensmittel, sei es vom Inland oder vom Ausland hergegeben werden.

Dringender Bern je erhebt sich also die Forderung nach einer geregelten Arbeit. Der Aufschwung in unserer Industrie ist da. Sie hat, wie die Leipziger Messe lehrte, die Kraft zum Erzeugen, wenn die Arbeiter gemeinsam mit dem Unternehmer das Wollen zum Vollbringen haben. Das ist aber in der Zeit der Betriebsräte und der Verhetzung der Arbeiter eine Utopie. Und so wird der Hunger die Arbeiter lehren müssen, was sich bislang ihrer Einsicht entzog, daß nämlich nur Arbeit uns aus dem wirtschaftlichen Chaos, einer Folge der Revolution, retten kann.

H. H.

Geldmarkt und Banken

Sparkassen-Giroverband Sachsen-Anhalt-Thüringen. Die außerordentliche Verbandsversammlung, die heute in Halle stattfand, beschloß einstimmig, sich durch seine öffentliche Bankanstalt, die Sparkassen-Girozentrale in Magdeburg, an der Reichsanleihe-A.-G. mit einem Betrage von rund 8 100 000 Mk. zu beteiligen. Wie wir hören, haben sich somit sämtliche deutsche Giroverbände an der Reichsanleihe-A.-G. mit zusammen 63 Millionen Mark beteiligt.

* **Wie Erzberger unsere Valuta schädigte.** Im Auftrag unserer Geschäftsstelle bringen wir eine graphische Darstellung unserer Valuta im Monat August, durch die die Reaktion des internationalen Geldmarktes auf die Finanzpläne des Herrn Erzberger besonders anschaulich gemacht wird. Man erkennt deutlich, wie an den auf eine seiner Finanzreden folgenden Tagen sofort ein starkes Fallen einsetzt und wie sich die Valuta wieder nach Widerrufung der Abstempelung und des Notenumtausches erholt. Zum Vergleich wollen wir noch mitteilen, daß vor dem Kriege unsere Valuta in Zürich ungefähr 123, in Kopenhagen und Stockholm 88,89 betrug. Die wagerechten Zahlen geben die einzelnen Tage des Monats, die senkrechten die Valutaziffern an. Die Sonntage sind durch rote Striche markiert. Eine andere graphische Darstellung zeigt die Entwicklung der Devisenkurse vom August 1919 bis September 1919.

* **Wochenbericht** über den Markt der Kalimerte. (Mitteldeutsche Privatbank, A.-G.) Nach anfänglicher Zurückhaltung unter leichter Abschwächung der Kurse setzte im Laufe der Woche eine stürmische Nachfrage nach einzelnen Spezialpapieren des Kuxenmarktes ein, die sprunghaft ihre Kurse erhöhten. Dieser Aufwärtsbewegung schlossen sich dann mittlere Kuxe und auch wenige schwere und kleine Kuxe an, doch war das Geschäft nur in den bevorzugten Werten umfangreicher. Wenn auch besondere neue ungünstige Momente in dieser Woche nicht in Erscheinung traten, so legten der bedauerliche Tiefstand unserer Valuta und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, wie vor allem die Kohlen- und Beförderungsnot, weiterhin Zurückhaltung auf. Die Meldung über die Besserung der Wagenstellung im Ruhrgebiet und die Beilegung der Streiks in Oberschlesien gaben der etwas freundlicheren Stimmung einen Rückhalt. Auf dem Kalimarkt regte der Kalileferungs-Abschluß mit England an. Von schweren Kuxen sind Glückauf-Sondershausen als leicht befestigt zu nennen; Alexandershall und Heiligenroda, die zunächst um einige hundert Mark zurückgingen, holten die Verluste wieder ein. Die anderen schweren Werte waren zu unveränderten Kursen im Verkehr. Große Umsätze fanden in Siegfried I, Hansa-Silberberg und Carlsfund statt. Siegfried I, die bereits in der vorigen Woche etwa 800 Mk. profitierten, zogen bei lebhaftem Geschäft um weitere 500 Mk. an. Den größten Gewinn erzielten Hansa-Silberberg mit etwa 1400 Mk. Sie wurden zu sprunghaft steigernden Preisen in größeren Posten aus dem Markt genommen. Umfangreicher Handel fand endlich auch in Carlsfund statt, die ihren Kurs um einige hundert Mark aufbesserten und lebhaft gefragt blieben. Sonst sind den mittleren Kuxen Bergmannssegen, Großherzog Wilhelm Ernst, Hugo (+ 400 Mk.), Salzmünde (+ 150 Mk.), Siegfried-Gießen (+ 250 Mk.), Walbeck und Wilhelmshall als gebessert zu nennen. Beiernode und Volkenroda waren eher etwas abgeschwächt. Asse, die infolge des Betriebsunfalles um etwa 1000 Mk. nachgaben, holten den größten Teil im Laufe der Woche wieder ein. Kleine Kuxe lagen meist sehr still. Zu anziehenden Kursen gingen Braunschweig-Lüneburg (+ 600 Mk.), Rottenfelde (+ 800 Mk.), Thüringen (+ 150 Mk.) und Erichshegen (+ 200 Mk.) um. Auch Bernsdorf, Habichtorst, Heldrungen I und Walter konnten Kleingewinn gewinnen. Friedrichsroda blieben etwas abgeschwächt. Klassische Werte lagen vernachlässigt. Einiges Interesse machte sich für Kali-Aktien geltend. Deutsche Kali und Hallesche Kali stiegen um etwa 10 Prozent. Saldetfurth um etwa 15 Prozent. Auch Krügershall und Ronnenberg waren einige Prozent höher. In Kali-Obligationen war das Geschäft sehr still.

Elbeschiffahrt. Am 5. September traf der Kahn Nr. 2800 und am 6. September der Eildampfer „Emmi" in Aken ein.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Die Aufwärtsbewegung der ausländischen Werte an der Börse zieht immer weitere Kreise. Dabei tritt gelegentlich ein bisher bevorzugtes Papier in den Hintergrund, dafür aber nahmen sofort andere Werte die Stelle ein. So liegt Kanada mit ungefähr 530 ruhiger, wogegen weitere sprunghafte Kurssteigerungen in Steaua Romana um 25 Prozent, Romona um 40 Prozent, Neuguinea um 13 Prozent, Deutsche Ueberseeische Elektrizitätsaktien um 15 Prozent eintraten. Ausländische Bahnaktien und türkischer Tabak wurden im Vergleich dazu nur mäßig gebessert. Der Montanmarkt zeigte festes Aussehen auf Kursbesserungen von 2—4 Prozent. Farbwerte waren 2—3 Prozent höher. In Elektrizitätspapieren erfuhren Bergmann Elektrische Licht- und Kraftaktien und A. E. G. weitere Kurssteigerungen um 3—9 Prozent. Auch die übrigen Industriewerte wurden prozentweise in die Höhe gesetzt. Schiffahrtsaktien konnten dagegen den gestrigen höheren Schlußkurs nicht ganz behaupten. Das Geschäft trug auf der ganzen Linie einen lebhaften Zug. Heimische Anleihen erfuhren weitere leichte Besserungen. Oesterreichische und ungarische Anleihen waren nahezu unverändert. Türkenlose waren um 11 Mark gebessert. In den Kreis der Aufwärtsbewegung wurden auch wieder italienische Bahnaktien einbezogen.

Produktenbericht. Da an eine Aufhebung des Haferdruschverbotes nicht gedacht wird, waren heute die Angebote der Provinz zurückhaltender und die Forderungen etwas höher. Der Bestand verhältnismäßig geringe Kaufrlust bei ungefähr unveränderten Lokopreise. In der Preisgestaltung für Erbsen ist eine leichte Rückschlag eingetreten. Futterstoffe aller Sorten wurden wiederum mehr beachtet. Heu ist stark begehrt, und auch Stroh ist in großen Posten umgesetzt worden.

Haiernotierungen:

Berlin, 6. September. Inländischer Hafer für 1000 kg in Mark. Loko — Preis Speicher frei Wagen. 1140—1180 ab Eingangsstation. — bei Selbstabladung. Dreitägige Abladung —. Erste Hälfte wöchige Abladung —. August-Abladung —. September-Abladung —. September-Abladung —. Oktober-Abladung —. November-Abladung —. Alles per 1000 kg Netto ab Abladestationen. Tendenz loko mehr offeriert, rollende Ware weniger angeboten.

Auslandsnotierungen:

Chikago, 4. September. Weizen: September —, Oktober —, Mai 126. Schmalz: September 160.25, Oktober —, Dezember 159.50, Mai 126. Schmalz: September 2640, Oktober 2622.50. Januar 2270. Pork: September 4200. Oktober 3700, Januar —. Rippen: September 2180. Oktober 2145. Januar —. Hafer: September 67 7/8, Oktober —, Dezember 70.75.

New-York, September. Winter- und Sommerweizen: 237. Mais: loko 189 3/4, (gestern —). Mehl: 9.50—10.25. Schmalz: 28.75 (gestern —). Zucker: —. Kaffee: 19 3/4.

Auszahlungen.

	Berlin, 6. September.				
	Geld	Brief		Geld	Brief
Holland	822,—	822,50	Ungarn	—,—	—,—
Dänemark	475,—	475,50	Bulgarien	—,—	—,—
Schweden	531,—	531,50	Konstantinopel	—,—	—,—
Norwegen	501,—	501,50	Spanien	392,50	393,50
Schweiz	324,50	324,75	Finnland	136,25	136,75
Oesterreich	42,45	42,55			

Im freien Verkehr wurden nichtamtlich ermittelt:

Eisenbahn-Aktien:			Felten u. Guilleaume .	188,—	
Halberstadt-Blankenb.	61,75		Gasmotoren Deutz . .	—,—	
Hannover. Stettiestedter	—,—		Gebhardt u. C.	—,—	
Schantungbahn . . .	134,25		Gebhardt u. Fanter	146,—	
Allg. Lokal-Str. . . .	128,25		Gesfürel	178,75	
Gr. Berl. Str.	120,7/8		Glanziger Zucker . .	250,—	
Magdeburger Str.-B.	—,—		Halleische Masch.-Fabr.	300,00	
Lux. Prinz Heinrich.-B.	315,50		Hanm. Masch.	317,—	
Orientbahn	296,—		Harpener Berg	163,75	
Schiffahrts-Akt.:			Hasper Eisen	151,00	
Hambg. Paketfahrt . .	101,75		Hirsch Kupfer	218,—	
Hambg.-Südamerika .	178,75		Höchster Farbw. . . .	294,7/8	
Hansa-Dampfschiff . .	241,75		Hoesch Eisen u. Stahl	157,—	
Nordd. Lloyd	103,7/8		Hohenlohe-Werke . .	116,50	
Banken:			Humboldt-Masch. . .	131,—	
Bank für Thür. . . .	—,—		Ilse-Bergbau	313,—	
Berl. Handelsges. . .	150,7/8		Kahla-Porzellan . . .	120,—	
Comm u. Diskontobank	122,7/8		Kaliw. Aschersleben .	—,—	
Darmstädter Bank . .	105,—		Körbisd. Zucker-Akt.	—,—	
Deus. Landesbank . .	—,—		Kyffhäuserhütte . . .	136,—	
Deutsche Bank . . .	195,25		Lahmeyer u. Co. . . .	112,50	
Diskonto-Comm. . .	152,25		Lauchhammer	133,00	
Dresdner Bank . . .	123,7/8		Laurahütte	102,75	
Credit.Anst. Leipzig .	131,—		Linke u. Hofmann . .	272,75	
Mitteld. Kreditbank .	111,75		Ludwig Loewe u. Co. .	210,—	
Privat-Bank . . .	108,7/8		Lothringer Hütte . . .	175,50	
Nationalbank	103,25		Mannesmannröhren . .	129,00	
Oesterr. Kredit . . .	111,25		Oberschl. Eisenb.-Bed.	143,75	
Reichsbank	148,75		do. Caro Heg.	136,—	
Industrie-Aktien:			do. Kokswerke .	171,—	
Schultheiss-Brauerei .	240,50		Orenstein u. Koppel .	187,75	
Akt. f. Anilin	239,—		Phönix-Bergb.	167,75	
Allgem. Elektr.-Ges.	174,—		Rhein. Metall-Vorz. .	138,00	
Ammendorfer Papierf.	—,—		Rhein Stahlwerken . .	183,50	
Anhalter Kohlenw. . .	169,—		Riebeck Montan . . .	154,50	
Annaberger Steingut .	198,25		Rombacher Hütten . .	115,50	
Badische Anilin . . .	230,25		Rositzer Braunk. . . .	192,—	
Bergmann-Elekt.-Akt.	140,25		Rositzer Zucker . . .	292,—	
Berl. Masch.-Bau . .	194,—		Sangerhäuser Masch. .	174,75	
Bismarckhütte . . .	325,7/8		Hugo Schneider u. Co.	118,—	
Bohmer Stahlhf. . . .	177,—		Schneckerts u. Co. . .	148,—	
Chem. Fabrik Buckau	—,—		Siemens u. Halske . .	361,—	
Chem. Griesheim . . .	194,—		Stettiner Vulkan . . .	137,—	
Chem. v. Heyden . . .	220,—		Stollberger Zinkh. . .	240,—	
Consolidation Schalke	234,50		Strals. Spielkarten . .	245,00	
Cröllwitzer Papierfabr.	183,25		Thale-Eisenhütte . . .	180,—	
Daimler-Motoren . . .	338,—		Triptis-Akt.-Ges. . .	168,75	
Deutsch-Luxemburg . .	151,75		Türkischer Tabakregie	175,00	
Deutsche Uebersee-El.	268,—		Ver. Köln-Rottweiler .	155,—	
Deutsche Erdöl . . .	292,7/8		Glanzstoff Elberf. . .	—,—	
Deutsche Gasglühl. . .	380,—		Wegelin u. Hübner . .	—,—	
Deutsche Kali	184,75		Wersch.-Weissenf. Brk.	230,—	
Deutsche Waff. u. Mun.	252,—		Westeregeln-Alkali . .	144,50	
Donnersmarkhütte . .	195,—		Wrede-Mälzerei . . .	163,—	
Döring u. Lehrmann .	127,—		Zeitzer Masch. . . .	173,00	
Dürkoppwerke . . .	268,—		Zellstoff Waldhof . . .	173,50	
Elberfelder Farben .	267,75		Otavi-Minen	173,00	

Hauptschriftleiter Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Rundschau, Volkswirtschaft und Sport: Hans Heiling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Adolf Meyer.
Anzeigenteil: Paul Kersten; sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191909071-11/fragment/page=0004

Halle und Umgebung

Halle, 7. September.

Strafkammer

Der 32 Jahre alte, noch unbestrafte Arbeiter Johann Regina wohnte in der Nähe des Proviantamtes, und war beschuldigt und geständig, Ende bei ihm bei einer Haussuchung am 4. März gefundenen Sachen 25 Pfund Mehl, mehrere Büchsen Kerzen und etwa nicht mehr einwandfreies Pökelfleisch und etwas aus einer Gartenlaube in der Umgebung des Proviantamtes an sich gebracht zu haben, um sie für sich zu verwenden. Er leugnet nicht, gewußt zu haben, daß es sich um gestohlenes Gut handeln mußte. Das Gericht verurteilte den Angeklagten entsprechend gemäß zu 9 Monaten Gefängnis, worauf 4 Monate der Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet wurden; der Antrag auf Haftentlassung wurde abgelehnt. — Ein Ehepaar und zwei Kinder wohnende junge Leute hatten sich im März zu einer Zeit, als es hier nur 3 Pfund Kartoffeln gab, zu einer Hamsterfahrt aufgemacht. Als sie in Löbejün überall vergeblich versucht hatten, etwas zu kaufen, nahmen sie aus einer Kartoffelgrube je 50 Pfund Kartoffeln. Das Schöffengericht in Löbejün hatte vier freigesprochen, weil Notdiebstahl vorliege, auf die Berufung der Amtsanwaltschaft in L. hob die Strafkammer aber das Urteil auf und verurteilte alle vier Angeklagte zu je 3 Tagen Gefängnis. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß besondere Notlage nicht anzunehmen gewesen sei, da alle in der gleichen Notlage gewesen seien.

In der Malzfabrik Landsberg hatte die Heeresverwaltung ein Militärproviantamt eingerichtet, vier junge Leute, die dort als Heizer beschäftigt waren, hatten beim Ausladen der einzuarbeitenden Sachen geholfen und sich dabei einige Sachen angeeignet, die aus den zerbrochenen Kisten in der Tore umherlagen: Gabeln, Messer und Gabeln, Hosenträger. Drei der jungen Leute hatten aus dem Lager aber auch 6000 Zigaretten gestohlen, mußten dazu eine gesicherte Tür öffnen und machten sich durch des schweren Diebstahls schuldig. Das Gericht verurteilte die drei wegen schweren und einfachen Diebstahls zu der Gesamtstrafe von je 5 Monaten 3 Tagen, den vierten wegen einfachen Diebstahls zu einer Woche Gefängnis, als Gesamtstrafe einschließlich einer früher erkannten Strafe zu sechs Monaten und drei Tagen Gefängnis. — Ein junger Mann in Merseburg sollte einen anderen zu einem Meineide verleitet und 100 Mark dafür versprochen, dem andern bei einer Zusammenkunft auch einen Zwanzigmarkschein unbemerkt in die Tasche geschoben haben. Die beiden Belastungszeugen, eben der andere zum Meineide Verleitete und eine Frau, die als Mädchen dem Angeklagten ein Kind bekommen haben wollte, machten unglaubliche Aussagen, daß der noch nicht bestrafte Angeklagte zwar freigesprochen wurde, während der Staatsanwalt ein Jahr drei Monate Zuchthaus beantragt hatte.

— **Deutschnationale Volkspartei (Beamtengruppe).** Die bereits angekündigte öffentliche Versammlung findet am Donnerstag, 11. September, abends um 8 Uhr im „Roten Roß", Leipziger Straße, statt. Das Mitglied der Nationalversammlung, Herr Eisenbahnobersekretär Deglark wird über „Beamtenfragen in der Nationalversammlung" sprechen, und dabei auch allerhand Interna aus der Nationalversammlung berichten. Es wird es möglich war, ist dafür Sorge getragen, daß sich an das Referat eine Aussprache auch mit politischen Gegnern anschließen wird, so daß ein anregender Verlauf des Abends geschäftsfest erscheint.

— **Akademische Nachrichten.** Dr. jur. Walter Schmidt-Rimpler, a. o. Professor in der Königsberger juristischen Fakultät, der einen Ruf als ordentlicher Professor für deutsches bürgerliches und Handelsrecht an die Universität Rostock erhalten hat, wird, wie wir hören, den Ruf nach Rostock ablehnen und zum Ordinarius in Königsberg ernannt werden. Dr. Schmidt-Rimpler (geboren 1885 zu Marburg i. H.) war früher im Justizdienst tätig, erhielt 1914 in Halle die Venia legendi und Ostern 1919 die Ernennung zum Extraordinarius in Königsberg als Nachfolger von Professor Müller-Erzbach. Seine Schriften betreffen besonders Geschichte des Handelsrechts und Handelsrecht.

— **Die Handwerkskammer** veranstaltet demnächst wieder Vorbereitungskurse auf die theoretische Meisterprüfung, in welchen neben gewerblicher Buchführung und Preisberechnung alle Gesetzesbestimmungen, welche für Handwerker wissenswert sind, und auf welche sich die theoretische Meisterprüfung erstreckt, gelehrt werden. An den Kursen können auch Handwerkerfrauen und -Töchter teilnehmen. Bei genügender Beteiligung wird für diese eine besondere Klasse eingerichtet werden. — Siehe Bekanntmachung in heutiger Nummer.

— **Der Konservative Verein für Halle und den Saalkreis** hält am Dienstag, 9. September, abends um ½8 Uhr, im „Goldenen Schiffchen", Große Ulrichstraße, eine Versammlung ab, in welcher über die politischen Tagesfragen gesprochen werden soll. Mitglieder, Gesinnungsgenossen, Freunde und Frauen sind dazu freundlichst eingeladen.

— **26 nach Halle heimgekehrte deutsche Kriegsgefangene** aus 26 verschiedenen feindlichen Ländern, werden am 11. September abends 8 Uhr in der „Saalschlößbraueri", hier, über ihre Erlebnisse berichten. Jeder von ihnen spricht in kurzer Weise über die Behandlung bei der Gefangennahme, Beraubung usw., über die Behandlung, Unterbringung, Verpflegung, Löhnung und Postverhältnisse in der Gefangenschaft, über Heimweh, Sehnsucht nach der Familie, Gemütsstimmung und Seelenqual, über die Stimmung der feindlichen Bevölkerung, besonders bezüglich des Völkerbundes und über die Art des Heimtransportes. Es werden also sehr interessante Kulturbilder geboten werden, die besonders für alle die Angehörigen, die in den betreffenden Ländern Kriegsgefangene haben, wertvoll sind, aber auch allgemeine Aufmerksamkeit verdienen. Eintrittskarten sind zu 1 Mark beim Veranstalter des Vortragsabends, Herrn Tittel, hier, abzuholen. Der Erlös wird zugunsten der Kriegsgefangenen verwendet.

— **Zum Besten der aus Elsaß-Lothringen vertriebenen** Deutschen veranstaltet die Verwaltung des Städtischen Soolbades Wittekind am Sonnabend, 13. September, nachmittags ein zweites Wohltätigkeitskonzert. Die Zahl der Flüchtlinge steigt mit jedem Tage. Der wachsenden Not kann nur durch verstärkte Fürsorge gesteuert werden. Möge daher dem dankenswerten Unternehmen der Verwaltung reicher Erfolg beschieden sein.

— **Neuerfertigung und weitere Einziehung von 50 Mark-Scheinen.** Wie wir hören, wird die weitere Einziehung von 50 Mark-Scheinen erst erfolgen, wenn neue Banknoten dieses Wertes zur Ausgabe gelangt sind. Die neuen 50 Mark-Scheine, die in nicht ferner Zeit von der Reichsbank in den Verkehr gebracht werden sollen, sind in Wien in Auftrag gegeben. Infolge der zahlreichen Fälschungen werden die neuen Scheine nach einem Muster gefertigt, das eine Nachahmung ausschließt oder zum mindesten sehr erschwert. Nach Ausgabe dieser Scheine dürfte der Aufruf der 50 Mark-Scheine vom 30. November 1918 zwecks Einziehung erfolgen. Der letzte Aufruf galt den Scheinen vom 20. Oktober 1918.

— **Aufforderung zur Anmeldung für Künstlernotstandsarbeiten.** Hallesche Künstler, Architekten, Bildhauer, Maler und Schriftsteller, die den Wunsch haben, bei der Vergebung von Künstlernotstandsarbeiten herangezogen zu werden, bitten der Magistrat, sich nach Ausfüllung eines vorgedruckten Anmeldebogens bis Dienstag, den 13. September, bei dem Magistrat zu melden. Die Nachprüfung der Meldungen bleibt vorbehalten. Die Vordrucke sind Rathausstraße 6, Zimmer 103, zu haben.

— **Bei der Sparkasse des Saalkreises** betrugen im Monat August 1919 die Einzahlungen 2 194 435 Mark im 3595 Posten gegen 1 595 069 Mark in 4179 Posten im gleichen Monat des Vorjahres. Die Rückzahlungen betrugen 1 429 260 Mark in 2848 Posten gegen 969 766 Mark in 2391 Posten im gleichen Monate des Vorjahres.

— **Vom Reichs-Kursbuch** erscheint Anfang Oktober eine neue Ausgabe zum Preise von 8 Mark. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten und Buchhandlungen entgegen. Wegen der Schwierigkeiten bei der Herstellung des Kursbuchs wird eine tunlichst frühzeitige Bestellung empfohlen, zumal bei einer späteren Bestellung möglicherweise auf Lieferung nicht zu rechnen sein wird.

— **Holzeinschlag im Winter 1919/20.** Nachdem das Reichswirtschaftsministerium zur Hebung der heimischen Industrie und der holzverarbeitenden Gewerbe sowie angesichts der drohenden Kohlennot für das Forstwirtschaftsjahr 1920 einen um ⅓ höheren Einschlag Derbholz gegenüber demjenigen des Wirtschaftsjahres 1913 vorgesehen hat, hat das preußische Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten die Regierungen mit entsprechenden Anweisungen versehen. Wenn bei der Einschlagsvermehrung namentlich auf Holzarten berücksichtigt werden muß, nach denen größere Nachfrage herrscht, ist zunächst auf die Versorgung der Bevölkerung mit Brennholz zu mäßigen Preisen allergrößter Wert zu legen, dann aber auch auf die Beschaffung von Schwell-, Papier-, Bau-, Möbel- und Tischlerholz und im Interesse des Bergbaues auf Grubenholz. Beim Absatz von Brennholz ist dem Bedürfnis der Minderbemittelten durch freihändigen oder meistbietenden Verkauf mit beschränktem Käuferzutritt in erster Linie Rechnung zu tragen, auch die Fortführung des Betriebes der zur Holzbrand angewiesenen Bäckereien zu gewährleisten; erst wenn dem voll und ganz genügt ist, dürfen öffentlich meistbietende Verkäufe von Brennholz ohne Käuferbeschränkung abgehalten werden. Den gemeinnützigen Siedlungs- und Baugesellschaften ist das für ihre eigenen Bauten erforderliche notwendige Holz auch fernerhin zu Vorzugspreisen auf vorherige, rechtzeitige Anmeldung zur Verfügung zu stellen. Anforderungen von Handwerker- und ähnlichen Verbänden auf Abgabe von Nutzholz zur Wiederaufnahme der kleinen Betriebe sind wohlwollend zu prüfen; bei Bedürftigkeit kann die Ueberweisung von Holz zu einem mit dem Werte des Holzes verträglichen, mäßigen Preise erfolgen. Holzabgaben zu Vorzugspreisen oder in festgesetzten Mengen an besondere Zweige der holzverbrauchenden Industrien sind für den kommenden Einschlag nicht in Aussicht genommen. Die Möglichkeit, daß ausländisches Kläger unter Ausnutzung des niedrigen Markkurses bestrebt sein werden, Holz einzukaufen, wird durch Ausführverbote und sonstige Maßnahmen vorbeugt werden. Zur Sicherstellung besonderer Abnehmerkreise sind Versteigerungen mit beschränktem Bieterkreise angeregt, z. B. Brennholz für den örtlichen Bedarf, Nutzholz für kleinere Handwerker usw. Mit dem Einschlag wird unter Heranziehung aller verfügbaren, geeigneten Arbeiter baldmöglichst begonnen werden, damit schnellstens größere Holzmengen, insbesondere Brennholz, zum Verkauf gestellt und noch rechtzeitig, wenn angängig unter Benutzung des Wasserweges, den Verbrauchsorten zugeführt werden können.

— **Deutschmädchenbund.** Am Montag abend um 8 Uhr wird im „Magarthaale" im Deutschmädchenbund Fräulein Hagedorn über „China, Land und Leute und der Deutsche in China" sprechen. Gäste sind willkommen.

— **„Deutscher Stutz und deutscher Auftrieb"** lautet das Thema eines Vortrags, den Dr. Paul Rohrbach am 15. September im „Thaliasaal" halten wird.

— **Bad Wittekind.** Heute, am Sonntag, findet nachmittags von 3½ bis 6½ Uhr Militärkonzert von der Kapelle des Füsilier-Regiments Nr. 36 unter Leitung des Kapellmeisters Otto Haupt statt. — Das Extrakonzert der Kapelle des Füsilier-Regiments Nr. 36, das als Ehrenabend für den Kapellmeister Otto Haupt stattfand, bewies durch den guten Besuch, welcher Beliebtheit Herr Haupt sich beim hiesigen Konzertpublikum erfreut. Durch die sinnreich gewählten Vortragsfolgen mit denen er als Leiter der Kurkonzerte und mehrerer Extrakonzerte in Bad Wittekind sowie der Donnerstags- und der Sonntags-Abend-Konzerte im Zoologischen Garten die Werke bedeutender Tonmeister mit Kunstverständnis den Zuhörern vermittelt, hat sich Herr Haupt hohe Verdienste um das Musikleben erworben. An seinem Ehrenabend wurde der beliebte Dirigent durch reichen Beifall, Kranz- und Blumenspenden geehrt.

— **Lo Kittay,** der berühmte Telepath, wird am 16. September im „Thaliasaal" einen Vortragsabend mit Experimenten veranstalten. Lo Kittay hat in letzter Zeit das Interesse der Aerzte und anderer wissenschaftlicher Kreise in hohem Maße in Anspruch genommen. Kittay ist durch die ungewöhnlich feine Empfindlichkeit seines seelischen Apparates in der Lage, jede ihm vom Publikum gestellte Aufgabe lediglich durch Gedankenübertragung zur Ausführung zu bringen.

— **Billiger Sonntag im Zoologischen Garten.** Am 30. August wurde ein junger Yak geboren, er ist mit seiner ganz weißen Mutter neben dem Raubtierhause zu sehen. Bereits dreiviertel Stunde nach seiner Geburt stand der kleine braunschwarze, krauslockige Bursche sicher und fest auf seinen Beinen und trank, eifrig mit dem Schwanze wedelnd, bei seiner Mutter. Sein Vater ist der große schwarze Bulle, der jetzt mit 2 anderen Kühen am Neubau des Antilopenhauses vorläufig untergebracht ist. Die Wildform des Yaks oder Grunzochsen stammt aus den Hochgebirgen Tibets, wo sie Przewalski und Swen Hedin in großen Herden beobachtet haben. Unser zahmer Yak kommt in großen Teilen des östlichen Asiens vor, wo er als Haustrind gehalten wird. In den wildesten Gebirgen dient der Grunzochse den Tibetanern und anderen Völkerschaften als Reit- und Lastvieh, er versorgt sie mit Milch und seine Haare und Häute werden für Kleidung und Zeltbau verwendet. Schon von altersher sind seine starkbehaarten Schwänze als „Roßschweife" der Wasches bekannt. Bei uns findet man den Yak nur als Schaubojekt in den Tiergärten, es sind jedoch auch in den Alpen Einbürgerungsversuche gemacht worden, die aber zu keinem nennenswerten Ergebnis führten. — Am Sonntag findet eine Führung durch den Garten statt, zu der sich jeder Besucher um 10½ Uhr am Raubtierhause einfinden kann. — Nachmittags 3½ Uhr wird Konzert vom Seifert-Orchester unter Leitung des Musikdirektors R. Seifert, und abends 7½ Uhr Militärkonzert von der Kapelle der 36er unter Leitung des Kapellmeisters O. Haupt veranstaltet.

Hermann von Helmholtz

Zur 25. Wiederkehr seines Todestages am 8. September.

Von A. Hamm.

Von wenigen unserer Geisteshelden berichtet zeitgenössische Beschreibung oder Ueberlieferung, welchen Eindruck ihre Augen gemacht haben. Zwar wissen viel Berichte von den leuchtenden Augen des großen Friedrich zu sagen, und über Goethes funkelnde Augen mit Götterblicken hat Wieland ein überseliges Gedicht gemacht, aber von anderen ist wenig zu erzählen. Von Helmholtz dagegen, dessen Todestag am 8. September sich zum fünfundzwanzigsten Male jährt, haben wir sogar eine Photographie, die den außerordentlichen Eindruck, den seine Augen gemacht haben, wiedergibt. Sie ist den, von seinen Schülern nach seinem Tode herausgegebenen, Vorlesungen über theoretische Physik vorgeheftet, und obwohl noch weit entfernt von aller künstlerischen Photographie, läßt sie doch erkennen, welcher Geist hinter diesen Augen wohnte. Sie erinnert an Goethes Verse: „Wär' nicht das Auge sonnenhaft, wie könnte es die Welt erblicken," und in der Tat müssen Helmholtz' Augen etwas Sonnenhaftes gehabt haben. Sie drangen bis in die tiefsten Tiefen der Natur, die vor ihnen keine Geheimnisse mehr zu haben schien, an ein anderes Wort Goethes erinnernd: „Wenn ich meine Augen einmal ordentlich auftue, dann sehe ich aber auch alles, was es irgendwie zu sehen gibt"

Helmholtz war der schärfste Beobachter und genialste Experimentator, den die deutsche Wissenschaft ihr eigen nennen kann, zugleich aber auch ein Denker von größter Geistesschärfe, der in der Mathematik und Philosophie nicht weniger zu Hause war als in der Naturwissenschaft. So dehnte er die Grenzen seines Reiches nach allen Seiten aus, und drang sogar in die dem Naturforscher sonst streng verschlossen bleibenden Gebiete der Aesthetik, der Musik und Malerei ein, die er durch wertvolle Untersuchungen und feinsinnige Bemerkungen bereicherte. So war er eine universelle Persönlichkeit im edelsten, Goethischen Sinne, eine Persönlichkeit, wie sie die deutsche Gelehrtenrepublik seit Leibniz Tode nicht mehr gekannt hatte.

Am 31. August 1821 wurde dem jungen Professor A. F. J. Helmholtz am Gymnasium zu Potsdam sein erster Sohn geboren, der den Eltern nachmals durch seine Kränklichkeit noch viele Sorgen machen sollte. Aber unter der sorgfältigen Pflege des Vaters, der ihn nicht verzärtelte, sondern frühzeitig für verständige Abhärtung sorgte, entwickelte er sich kräftig und ließ auf der Schule seine gesünderen Kameraden nicht an sich vorbei. Von einer besonderen Begabung des genialen Schülers weiß freilich niemand zu melden, woran vielleicht der Umstand schuld ist, daß die Vorliebe des Knaben sich frühzeitig den Naturwissenschaften zuwandte, die im Plane des humanistischen Gymnasiums geringeren Raum einnahmen. Während der Lektüre Virgil übersetzte und erläuterte, berechnete Helmholtz sich unter dem Tisch den Straßengang in Ferrohrchen und fand dabei schon einige Sätze, die ihm später bei der Erfindung des Augenspiegels wertvolle Dienste leisteten. Später bezog er die Pepiniere in Berlin, um Medizin zu studieren, denn das Vaters Mittel reichten nicht, dem hochbegabten Aeltesten das erwünschte Studium der Naturwissenschaften zu ermöglichen. Bei diesem Studium geriet Helmholtz unter den Einfluß des damals bei uns noch wenig bekannten Physiologen Johannes Müller, der für sein ganzes Leben bestimmend wurde.

Müller war einer der ersten, die sich von der damals herrschenden Naturphilosophie ab- und dem Experiment, dem A und O naturwissenschaftlicher Betrachtungsweise, zuwandten. Seine hochbegabten Schüler Du Bois-Reymond, Brücke und Helmholtz folgten ihm mit Begeisterung auf diesem Wege, sie versuchten durch Verbindung der Physiologie mit der Physik für jene eine streng wissenschaftliche Grundlage zu bilden. Die Widerstände, die sie dabei zu überwinden hatten, waren viel größer, als man es sich jetzt vorstellt, die ganze Denkweise der damaligen Welt war unter dem überragenden Einfluß Hegels auf eine Verachtung der Tatsachenkenntnis und eine maßlose Ueberschätzung des reinen Denkens eingestellt. Die Erfolge der Naturforschung brachen aber in den vierziger und fünfziger Jahren diese Anschauung gründlich, sie bereiteten so den Boden für den ungeheuren Aufschwung der Naturwissenschaften und der Technik in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts.

Durch das Studium der Medizin und den Einfluß Johannes Müllers geriet Helmholtz zunächst ganz in die Physiologie hinein, er bekleidete nacheinander Professuren dieses Faches in Königsberg, Bonn und Heidelberg. Er schuf während dieser Jahre eine Fülle von Abhandlungen, in denen er, gleichwie bei seiner Doktorarbeit, eine Fähigkeit des Experimentierens an den Tag legte, wie sie bis dahin noch nicht gekannt war. Er arbeitete fast nur mit den allereinfachsten Hilfsmitteln, bei einer Doktorarbeit verwendete er ein Mikroskop, das er sich von Ersparnissen, die er während einer Krankheit gemacht hatte, gekauft hatte. Mit diesem, naturgemäß sehr billigen und einfachen Instrument konnte er schon den Nachweis für den Ursprung der Nervenfasern in den Ganglienzellen führen, eine Tatsache, die lange vermutet worden war, aber nie bewiesen werden konnte. In Königsberg maß er mit ähnlich einfachen Hilfsmitteln die Geschwindigkeit der Fortpflanzung des Nervenreizes, eine Zeit so klein, daß Johannes Müller sie noch für unmeßbar gehalten hatte. Man kann mit vollem Recht auf ihn das Wort anwenden, das er nach seinem ersten Besuche bei Faraday über diesen an seine Frau schrieb: Ein paar alte Stücke Holz, Draht, und Eisen scheinen ihm zu den bedeutendsten Entdeckungen zu genügen. Auch in späterer Zeit, als ihm schon die vollkommeneren Mittel der großen physikalischen Institute zur Verfügung standen, pflegte Helmholtz so zu arbeiten, daß er sich zunächst einmal aus Zwirnsrollen, Draht- und Eisenstücken die Apparatur für den beabsichtigten Versuch behelfsmäßig zusammenbaute und damit die Hauptresultate gewann, dann erst fließ er durch den Institutsmechaniker seinen Gedanken in Stahl und Messing übertragen. Seine volkstümliche Erfindung, den Augenspiegel, hatte er ebenfalls, nachdem er den Grundgedanken gefaßt hatte, aus einigen Stücken Pappe und ein paar Mikroskopdeckgläschen zusammengeklebt.

Aber der geniale Experimentator war zugleich ein theoretischer Physiker von hoher, mathematischer Begabung, ja, sogar rein mathematische Abhandlungen hat der seltene Mann veröffentlicht. Auf der Höhe seines Lebens, als Professor der Physik an der Universität Berlin von 1871 bis 1888, veröffentlichte er eine Reihe Abhandlungen zur theoretischen Physik, die noch heute ein unschätzbares Gut der deutschen Wissenschaft bilden. Manche von diesen Abhandlungen, die nur der reinen Wissenschaft dienen sollten, haben später sich auch technisch von einer überraschenden Fruchtbarkeit erwiesen, wie die über die Steuerung von Luftballons, in der er nachwies, daß, wenn ein Körper sich mit bestimmter Geschwindigkeit in einem widerstehenden Mittel bewegt, man aus dem so gemessenen Widerstand ganz streng mathematisch den Widerstand berechnen kann, den er in einem Mittel von anderem Widerstande bei anderer Geschwindigkeit finden wird. Es ist bekannt, daß diese Erkenntnis heute allgemein angewendet wird, um den Widerstand, den Seeschiffe im Wasser finden werden, vorauszuberechnen, indem man ähnlich geformte Modelle durch ein Wasserbecken schleppt.

„Wir wollen weniger erhoben und eifriger gelesen sein", dies Lessingsche Wort gilt auch von Helmholtz. Welcher Musikfreund wüßte nicht von Helmholtz bedeutendstem physiologischen Werke, der berühmten „Lehre von den Tonempfindungen", zu reden, aber wer hätte sie in Wirklichkeit schon gelesen? So mag denn dieser kurze Versuch, der nur die größten Umrisse eines so reichen Schaffens nachziehen konnte, mit der Empfehlung enden, auch wieder ein wenig Helmholtz zu lesen, so wie er zu Lebzeiten von der gebildeten Mitwelt eifrig gelesen wurde. Seine „Vorträge und Reden" sollten in der Hand jedes Gebildeten sein, der naturwissenschaftliche Interessen hat; der aus jeder Zeile leuchtet und strahlt, bleibt ewig jung. Helmholtz' Werke sind eine Zierde unserer Prosa und werden es immer bleiben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191909071-11/fragment/page=0005

Erster Deutscher Evangelischer Kirchentag

(Fortsetzung.)

Dresden, 6. September.

Der wichtigste Punkt der Beratungen des Kirchentages betrifft die Erhaltung des evangelischen Religionsunterrichts in den Schulen. Der Kirchenausschuß hat der Versammlung hierzu Leitsätze unterbreitet, die eine Grundlage für die Behandlung bieten, für die der ganze heutige Sitzungstag eingeräumt ist. Das deutsche Volksleben steht seit mehr als einem Jahrtausend in engster Verbindung mit der Religion. Diesen geschichtlich gegebenen Zusammenhang hat die Schule zum Verständnis zu bringen und zu pflegen. Darum wird die Erhaltung des christlichen Charakters der Schulen gefordert. Als ordentliches Lehrbuch gehört der christliche Religionsunterricht zum Grundbestande der Schule. Ein allgemeiner religionskundlicher Unterricht ist ebenso wie ein objektiver christlicher Religionsunterricht abzulehnen, weil durch die mangelnde Geschlossenheit des ersteren eine einheitliche religiös-sittliche Bildung unterbunden und durch den zweiten überhaupt kein religiöses Interesse geweckt wird. Psychologisch und pädagogisch unmöglich ist ein interkonfessioneller christlicher Religionsunterricht. Der evangelische Religionsunterricht hat die Aufgabe, nach reformatorischer Auffassung Wesen und Wahrheit des Christentums zum Verständnis zu bringen. Es wird weiter gefordert, daß kein Lehrer gegen seinen Willen zur Uebernahme des Religionsunterrichtes gezwungen werden soll. Jeder der evangelischen Kirchengemeinschaft angehörige Schüler ist zur Teilnahme am evangelischen Religionsunterricht der Schule verpflichtet. Den Eltern steht es aber frei, aus Gewissensgründen den Kindern einen anderen Religionsunterricht erteilen zu lassen, für den die Kirche Vorsorge zu treffen hat. Die Kirche wird gewisse äußere Bürgschaften dafür nicht entbehren können, daß der Religionsunterricht ihren Bedürfnissen entsprechend erteilt wird. Auf Vorschlag von Exzellenz D. v. Dryander-Berlin wurde an den Erzbischof Soederblom-Upsala eine Drahtung gerichtet, in der der Kirchentag dankbar der christlichen Liebesarbeit gedenkt, die weite christliche Kreise Schwedens zuerst unseren Gefangenen, dann unseren darbenden Kindern haben zuteil werden lassen. Die gleiche Kundgebung wurde an Kirchenverbände in Dänemark, Norwegen, Holland und der Schweiz gerichtet.

Der erste Berichterstatter über den Religionsunterricht in den Schulen, Generalsuperintendent a. D. Geh. Konsistorialrat D. Kaftan-Baden-Baden, bezeichnet es als eine vornehmste Aufgabe der Christenheit, dafür Sorge zu tragen, daß die Jugend christlich erzogen werde. Eins der vornehmsten Mittel hierfür sei der Religionsunterricht in der Schule. Wir brauchen einen Kirchenpatriotismus, muß in unserem Volke für die kommenden Tage. Weiter begrüßt Redner es, daß jetzt gründlich mit der geistlichen Schulaufsicht aufgeräumt sei; ein kluges Kirchenregiment hätte schon längst rechtzeitig darauf verzichten müssen. Die Vorlage bedeute ein Kompromiß; unter den heutigen Verhältnissen sei es durchaus erwünscht, daß der Kirchentag den heute herrschenden Gewalten einmütig gegenübertrete. (Lebhafte Zustimmung.) — Weiter besprochen die Vorlage nach Pfarrer D. Jeremias-Leipzig, Studienrat D. Schuster-Hannover und Oberkirchenrat Stadtdekan D. Traub-Stuttgart für die höhere Schule sowie Pfarrer Diesener-Berlin für die Volksschule. Daran knüpfte sich eine allgemeine Aussprache.

In der Abendsitzung wurde nach vierstündiger Erörterung der Vorlage über die Synodalordnung im allgemeinen grundsätzlich zugestimmt, doch überwies der Kirchentag im übrigen die Vorlage zur freien Entschließung den Landeskirchen. Sehr weit gehen die Meinungen über die Behandlung des Urwahlsystems in der Kirchenverfassung auseinander. Auch hierüber entspannen sich vielstündige Auseinandersetzungen. Gegen die Urwahl wurde, soweit sie sich nicht lediglich auf die Gemeinden erstrecken, verschiedene Bedenken geltend gemacht.

Schließlich wurde ein Antrag Mumm mit großer Mehrheit angenommen: Der Kirchentag überläßt die Entscheidung über das Wahlsystem zu den Verfassungen der einzelnen Landeskirchen den zuständigen Stellen, insbesondere den Landessynoden. Einstimmig wurde ferner ein Antrag Mumm angenommen, der die Einmischung staatlicher Instanzen in das innerkirchliche Leben zurückweist. Es gibt keine Staatskirche, sondern nur eine freie Volkskirche.

Die Parteien und ihre Stellung zu Schul- und Lehrerfragen

Von Rektor Lukassowitz,
Mitglied der Preuß. Landesversammlung.

Die Deutschnationale Volkspartei hat es nicht leicht, auf den Gebieten der Schul- und Lehrerfragen segensreich zu wirken und es dabei allen recht zu machen; denn einerseits gilt es, den aus dem 9. November geborenen radikalen Geist, wie er sich in einzelnen Kreisen der Volksschullehrer, aber auch in solchen der Lehrer höherer Schulen zeigt, zu zügeln und unseren Schulen den christlichen und nationalen Sinn zu erhalten, anderseits aber berechtigte Forderungen, materieller und ideeller Art, der Lehrerschaft zu erfüllen. Die Demokratie gebärdet sich als die allein seligmachende Partei, bei der Schule und Lehrerschaft den Himmel auf Erden finden können. Freiheit, Fortschritt, Erfüllung aller wirtschaftlichen Forderungen usw., das sind die Schlagworte, mit denen sie die Lehrerkreise einzufangen sucht. Wer aber, wie ich, tieferen Einblick in die Ideen und in die Wirksamkeit der linksstehenden Parteien hat, der wird das wahre Gesicht der Herren Demokraten anders beurteilen, wie es gewöhnlich die Oeffentlichkeit tut! — Und nun das Zentrum! Das richtet sich selbst; denn eine Partei, die mit der Sozialdemokratie und mit Matthias Erzberger durch dick und dünn geht und die sich nicht scheut, die Rechte, die frühere treue Mitkämpferin in allen kulturellen und ideellen Fragen, in einer so unehrlichen Weise zu behandeln und deren Führer so wenig national denken und fühlen (Waffenstillstand, Friedensunterzeichnung usw.), kann für jeden vornehm und national gesinnten Lehrer, mag er evangelisch oder katholik oder was sonst sein, nicht in Betracht kommen. Politisch und national unzuverlässig, schwankend bald nach dieser, bald nach jener Seite, das ist die Signatur jener Parteien, die ihre Sitze vom Zentrum bis zur äußersten Linken im Parlament des Reichs und Preußens einnehmen. Und wie steht es mit der Erfüllung der wirtschaftlichen Forderungen der Lehrerschaft? Da wird gewöhnlich der Mund sehr voll genommen, denn das Versprechen ist ja billig und gar mancher fällt bekanntlich sehr leicht auf schöne Versprechen herein.

Die Deutschnationale Volkspartei hingegen steht auf dem Standpunkt, daß unter Wahrung der nationalen, christlichen und erziehlichen Grundlage einerseits und Berücksichtigung der wirtschaftlich so ungeheuer schwierigen Lage unseres unglücklichen Vaterlandes andererseits, alles aufgeboten werden muß, um die Interessen der Schule zu fördern und dem sich unzweifelhaft in einer großen Notlage befindenden Lehrerstande zu helfen. Die bisherige Tätigkeit der Deutschnationalen Volkspartei in beiden Parlamenten hat jedem Vorurteilsfreien bewiesen, daß sie dementsprechend mit allem Nachdruck und auch mit Erfolg für Schule und Lehrerschaft eingetreten ist. Es sei zunächst erinnert an ihre Stellungnahme zu den vielumstrittenen Fragen der Aufhebung der geistlichen Ortsschulaufsicht und der Zusammensetzung der Schuldeputationen, Schulkommissionen und Schulvorstände. Es ist weiten Kreisen der Lehrerschaft nicht bekannt, daß die Deutschnationale Volkspartei die erste Partei im Preußenparlament war, die den Antrag auf sofortige endgültige Aufhebung der geistlichen Ortsschulaufsicht eingebracht hat. Und nun hat man ihr in irrtümlicher Auffassung ihrer Haltung zum Vorwurf gemacht, daß sie von neuem versuche, den Einfluß der Kirche auf die Schule zu beranken. Die unlautere Agitation gewisser Parteien in dieser Frage sucht das Vertrauen der Lehrerschaft zur Deutschnationalen Volkspartei schwankend zu machen. So behauptet z. B. das Zentrum in Nr. 30 der „Kathol. Schulzeitung für Norddeutschland": „Die Deutschnationalen, die in katholischen Kreisen auf Stimmenfang ausgehen, fürchten, in kirchlichen und in Erziehungsfragen nicht mehr ernst genommen zu werden, und haben darum ihre Haltung in der Frage der geistlichen Ortsschulaufsicht geändert." — Dazu möchte ich betonen, daß diese Behauptung eine grobe Unwahrheit ist und als solche sich selbst richtet. Uebrigens möchte ich dem Zentrum gegenüber bemerken, daß die Deutschnationale Volkspartei es gar nicht nötig hat, auf „Stimmenfang unter den Katholiken" auszugehen. Das Zentrum mit dem Reichsverderber Erzberger an der Spitze sorgt mit seiner wirdrefolsen Haltung der Sozialdemokratie gegenüber genügend dafür, daß die national denkenden Katholiken, denen das Wohl ihres Vaterlandes über dem konfessionellen und dem persönlichen Interesse steht, von selbst in täglich wachsender Zahl zu der Ansicht kommen, daß das weitere Verbleiben bei einer solchen Partei ein Unrecht an Volk und Vaterland ist.

Die Uebergabe Danziger Staatsbetriebe

Danzig, 6. September.

Auf Wunsch des Magistrats der Stadt Danzig fand am Donnerstag unter Leitung des Generalkommandos eine Vorbesprechung wegen der Uebergabe der Danziger Staatsbetriebe und der hier lagernden Heeresgüter an die Stadt Danzig zu treuen Händen bis zur endgültigen Regelung der Uebergabe nach Entscheidung des Oberkommissars des Völkerbundes statt. Die Grundzüge wurden festgelegt, nach denen die Uebernahme durch Danzig erfolgen soll. Alle notwendigen Sonderverhandlungen sollen nach Kräften beschleunigt werden, soweit bis zur Friedensratifikation die ungeklärte Rechtslage überhaupt bindende Abmachungen zuläßt. Es besteht die Absicht, nach Möglichkeit Schließungen von Danziger Staatsbetrieben zu vermeiden. Wenn sie auch augenblicklich unrentabel arbeiten und Staatszuschüsse brauchen, so würde die durch eine Schließung bedingte Arbeitslosigkeit infolge der Zahlung von Erwerbslosenunterstützungen weit größere Kosten verursachen, abgesehen von den sonstigen Schädigungen.

Die Eisenbahnerfrage

Zu dem Artikel „Politische Eisenbahnersabotage" vom 3. September erhalten wir von zuständiger Seite folgende Erläuterungen:

Der Allgemeine Eisenbahner-Verband verlangt zurzeit, daß die Wirtschaftsbeihilfe, welche den Beamten gezahlt werden soll, auch den Staatsarbeitern zugute komme. In Verhandlungen der Verbandsleitung mit dem Eisenbahn-Minister Oeser hat dieser die Berechtigung anerkannt und eine entsprechende Vorlage an die preußische Landesversammlung zugesagt. Es sind bisemal nicht die radikalen Elemente, welche die Beihilfe fordern, sondern gerade die älteren, gesetzten Eisenbahner. Die wilde Lohnordnung vom Dezember 1918 und die nicht erfüllte Zusage der Senkung der Lebensmittelpreise haben die wirtschaftliche Notlage der Eisenbahnarbeiter weiter verschärft. Zu beachten ist dabei noch, daß diese Bedensteten zwei bis drei Quartalsraten Steuern auf einmal bezahlen müssen und der Winter vor der Tür steht.

Verschiedene Korrespondenzbüros verbreiten jetzt auch die Nachricht, ein 18 Jahre alter Eisenbahnarbeiter verdiene über 5000 Mark jährlich. Aber nur in Berlin und einigen anderen Orten werden Tagelöhne von 20 Mark an gezahlt, über 20 Jahre alte Arbeiter gezahlt. Das Durchschnittseinkommen der Eisenbahnarbeiter ist 3700 Mark, von welcher Summe noch die Leistungen für die soziale Versicherung aller Art, mit durchschnittlich 800 Mark, abgehen.

Ueber die Deckungsfrage ist der A. E. V. nicht leichtsinnig hinweggegangen. Der Generalsekretär dieses Verbandes und Mitglied der preußischen Landesversammlung, Oswald Riedel, hat bereits vor einigen Monaten eine mäßige Erhöhung der Tarife vorgeschlagen, ohne aber Gegenliebe zu finden. Nun aber kommt die preußische Staatsregierung mit einer Erhöhung von 50 vom Hundert.

Die Eisenbahner im besetzten Gebiet

In einem Erlaß der Besatzungsbehörde an sämtliche Eisenbahnbeamte werden sie auf die Tatsache hingewiesen, daß sie im Dienst der alliierten und assoziierten Mächte während des Waffenstillstandes stehen. Es wird ihnen strengste Bestrafung durch die französischen Kriegsgerichte und eventuell die Ausweisung für den Fall des Ausstandes angedroht. Die Angestellten der Eisenbahn werden sich dadurch nicht einschüchtern lassen und nur dann von ihrem Streikrecht in Zukunft keinen Gebrauch machen, wenn die Besatzungsbehörde sich künftig nicht mehr in pfälzische Angelegenheiten einmischt, sondern sich auf ihr eigentliches Gebiet beschränkt. Die Verhandlungen wegen der Festhaltung des letzten noch in Haft befindlichen Postbeamten haben bisher zu keinem Erfolge geführt. Die Arbeiterschaft droht daher aufs neue mit der Niederlegung der Arbeit. Der in Haft befindliche Beamte ist der Hauptzeuge bei der Gewalttat der Franzosen. Er weiß genau, wer der Mörder des Postbeamten See ist.

In Württemberg treten Gerüchte über einen drohenden Eisenbahnerstreik auf. Der Grund soll in der bevorstehenden Vereinheitlichung der Verkehrsanstalten liegen. Es handelt sich dabei um die gewerkschaftlich organisierten Beamten des Assistentendienstes, die ihre restlose Verschmelzung mit den Sekretärstellen auf diese Weise vor der Vereinheitlichung des Verkehrswesens erzwingen wollen. Das Lokomotivpersonal verlangt die Einreihung als Mittelbeamte gemäß dem Vorgange bei den preußisch-hessischen Staatsbahnen. Wenn die Regierung nicht die Hand bietet zur Durchsetzung dieser Sonderinteressen, so sollen die Eisenbahnen durch gegenseitige Abmachungen stillgelegt werden.

In letzter Zeit sind im Saargebiet von neuem Ausweisungen von solchen Personen erfolgt, die den Franzosen ihrer deutschen Gesinnung wegen mißliebig waren. Es sind dies die Herren Posselt, Schriftleiter der Saarbrücker Zeitung, Ingenieur Tubach, Geschäftsführer des Verbandes Technischer Angestellten in Saarbrücken, Kreisausschußsekretär Beckmann und Betriebsleiter Koblens aus Dillingen. Mit den genannten Herren wurde zu gleicher Zeit auch Frau Jo[illegible] Klein ausgewiesen, eine 64jährige Bergmannswitwe, die [illegible] dem Schicksal besonders hart betroffen wurde. Sie bezog bi[illegible] eine Pension von monatlich 20 M. und mußte, da ihr Sohn im Felde gefallen war, die drei Kinder ihrer Tochter [illegible] nähren helfen. Diese Ausgewiesenen wie auch die [illegible] haben nichts über die Gründe erfahren, die zu dieser un[illegible] harten Maßregel gegen sie führten. Wie man vermutet, ist [illegible] Ausweisung auf lothringische Denunziationen [illegible] rückzuführen.

In der Rheinlandsfrage ist allmählich eine Beruhigung [illegible] getreten, nachdem die Unsicherheit über die Haltung der amerikanischen und englischen Besatzungsbehörde gesunken ist. Nach dem letzten Putsch in Wiesbaden und der Pfalz scheint auch den Zentrumsleuten, die bisher [illegible] Sonderbündelei mit allen Kräften gefördert haben, ein [illegible] aufgegangen zu sein, wohin die Reise führen muß, und die [illegible] nen Zentrumsblätter weisen jetzt in Leitartikeln auf die Gef[illegible] der Dortenschen Politik hin. Desgleichen scheint auch die fr[illegible] zösische Behörde ihren Standpunkt in der Frage geändert zu haben, da es den politischen Parteien in den meisten Verwaltungskreisen gestattet ist, zur Rheinlandfrage öffentlich Stellung zu nehmen. Nach den Zensurbestimmungen haben sich [illegible] politischen Parteien lediglich jeder Aeußerung über die Unterstützung der Bewegung durch Frankreich oder die anderen Gebiete zu enthalten.

Politische Streiflichter

Das mecklenburgische Ausnahmegesetz gegen die Offiziere. Wie oft behaupten die Gegner des Offiziers, dem Grundsatz „Freie Bahn dem Tüchtigen" habe in der alten Wehrmacht nicht für alle gegolten! Gibt es aber auch nur ein einziges Gesetz, eine einzige militärische Verordnung, auf welche diese Behauptung sich stützen könnte? Einer Behörde des neuen Deutschlands blieb es dagegen vorbehalten, eine ganze Gruppe von Staatsbürgern durch Gesetz von bestimmten Stellen auszuschließen. Am 18. Juni 1919 wurde durch einen Erlaß des Mecklenburg-Schwerinschen Ministeriums des Innern, unterzeichnet von Dr. Wendorff, kurzerhand verfügt: „Im Anschluß an das Rundschreiben vom 9. Juni 1919 ordnet das Ministerium aus gegebener Veranlassung hiermit an, daß frühere aktive Offiziere nicht als Hilfsarbeiter bei den Kreisbehörden anzustellen sind." Dieses Ausnahmegesetz gegen die Offiziere, auf das seinerzeit bereits aufmerksam gemacht worden ist, entbehrt bis heute jedes Versuchs einer Begründung. Der Landesverband für Mecklenburg des Deutschen Offizier-Bundes hat damals sofort in einem Schreiben an das Ministerium auf die schreiende Ungerechtigkeit hingewiesen, die es durch diese Verfügung gegen einen Stand begehe, der heute mit der allergrößten Not kämpft. Ferner hat die Bundesleitung des D. O. B. bereits am 9. Juli an das Kriegsministerium, das Reichswehrministerium und den Ministerpräsidenten den Antrag gerichtet, dafür Sorge zu tragen, daß das Mecklenburgische Ausnahmegesetz unverzüglich aufgehoben werde. Heute schreibt man den 27. August. Von einer Aufhebung des Erlasses hat man noch nichts gehört. Man sollte meinen, daß es keiner langen Erwägungen hierüber bedarf. Hier handelt es sich einfach um die Frage: Sind die Offiziere im neuen Deutschland gleichberechtigte Staatsbürger oder sind sie es nicht? Es ist dringend zu hoffen, daß diese unerhörte Entrechtung nunmehr baldigst aufhört.

Die Eheirrung des „Kultus"-Ministers. In der nächsten Zeit wird eine Unterhaltsklage der Frau Hoffmann gegen ihren Ehemann, den „Kultus"-Minister Adolf Hoffmann, öffentlich verhandelt werden. In derselben behauptet die Klägerin, daß ihr Ehemann sie unter Vorspiegelung der falschen Tatsache, daß er an einem internationalen Kongreß in Schweden teilnehmen müsse, böswillig verlassen habe. Tatsächlich sei er nach Görlitz gereist, wo er sich mit einem Fräulein Anna Voegen getroffen habe. Mit dieser lebe er jetzt zusammen und lasse sie selbst in größter Not sitzen. Offenbar hatte dieser Schädling am deutschen Volkstum mit der „geradlinigen" Auswirkung „deutscher" Kulturinteressen mehr zu tun und hielt sie für wichtiger, als die „geradlinige" Ernährung seiner Ehefrau!

Eine Volksabstimmung über die Juden-Einwanderung nach Deutschland fordert der Deutsche Schutz- und Trutzbund in Hamburg. Der Bund weist darauf hin, an amtlichen Stellen werde damit gerechnet, daß in den nächsten zwei Jahren etwa zehn Millionen deutscher Menschen werden auswandern müssen. Mit dieser Möglichkeit rechnen manche Stellen als Folge der von der deutschen Regierung und von der Mehrheit der Nationalversammlung zuletzt widerspruchslos angenommenen Friedensbedingungen heute schon wie mit einer Tatsache. Demgegenüber, so hebt der Deutsche Schutz- und Trutzbund hervor, sei es geradezu ein Verbrechen am deutschen Volke, daß dieselben amtlichen Stellen, seit dem Ausbruche der Revolution täglich Tausende russischer, polnischer, galizischer und anderer Juden ungehindert haben nach Deutschland einwandern lassen, die nach ihrer ganzen Art und Lebensauffassung einen durchaus unerwünschten Bevölkerungszuwachs bedeuten. Bei den schlimmen wirtschaftlichen Zuständen im Reiche und allen seinen Staaten habe dieser Zuwachs notwendig eine Steigerung der Zahl der deutschen Auswanderer zur Folge. Das müsse aber unbedingt verhindert werden. Deshalb verlangt der Deutsche Schutz- und Trutzbund eine Volksabstimmung darüber, ob nicht vorher der weiteren Judeneinwanderung ein Ende zu bereiten sei. Das deutsche Selbstbestimmungsrecht müsse sich in weitestem Maße in dieser Lebensfrage des deutschen Volkes geltend machen und durchsetzen. Die nach den Bestimmungen der neuen Verfassung notwendige Zahl der Wahlberechtigten hofft der Bund bis Ende August 1919 aufzubringen. Zustimmungserklärungen können nach Hamburg 1, Postschließfach 38, gerichtet werden.

Hindenburgs Dank

Der Generalfeldmarschall v. Hindenburg bittet um Veröffentlichung folgender Danksagung:

Gelegentlich des Erinnerungstages von Tannenberg sind mir von allen Seiten zahllose Beweise friedlichen Meingedenkens zuteil geworden. So sehr mich dieselben erfreuten, so wenig bin ich doch zu meinem Bedauern in der Lage, sie einzeln zu beantworten. Ich bitte daher, meinen herzlichsten Dank hiermit allgemein aussprechen zu dürfen.

v. Hindenburg.

Der Schöpfer des Handels-Unterseebootsverkehrs, der Präsident der Deutschen Ozean-Reedereien Dr. Alfred Lohmann, ist im Alter von 50 Jahren in Timmendorfer Strand, wo er zur Erholung weilte, an den Folgen eines Blutsturzes gestorben. Dr. Lohmann war eine der führenden Persönlichkeiten in Bremer Handels- und Schiffahrtskreisen. Lange Jahre war er Präsident der Bremischen Handelskammer.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191909071-11/fragment/page=0006